

Bezugspreis: Vierteljahr 3,00 - 6,00 monatlich 1,00 - 2,00...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die schmalste Spalte... 1000 bis 1500...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Sonnabend, den 25. Juni 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Amerika naturalisiert Deutsche.

Zum erstenmal seit der Kriegserklärung der Vereinigten Staaten an Deutschland und Oesterreich-Ungarn...

Auf Grund des neuen Einwanderungsgesetzes dürfen jährlich nur 3 Proz. der bereits 1910 in den U. S. A. lebenden Angehörigen...

Freiheit für Deutschland.

Paris, 24. Juni. (U.) Infolge des Einflusses, den die letzten deutschen Zahlungen in Dollar auf den Wechselkurs ausgeübt haben...

Deutschland darf kraft dieser Freiheit auch Pfunde, Francs, Lire, Dinars, Bel, Polenmark, Yen und vielleicht einmal auch Kowanzu so hoch treiben...

Die italienische „Liga zur Wahrung der nationalen Interessen“ hat Erkundigungen eingezogen, als deren Ergebnis der „Corr. della Sera“ berichtet...

Die Arbeitermehrheit in Oberschlesien.

Die französische und belgische Arbeiterpresse, so kürzlich die Pariser „Humanité“ und der Brüsseler „Peuple“...

Ganz anders liegen die Dinge bei den Metallarbeitern, zu denen in der Hauptsache die Hüttenarbeiter gehören. Hier waren um die Zeit der Abstimmung von 52 000 Berufskollegen rund 45 000...

Es ist also unrichtig, wenn behauptet wird, der Polenaufruf sei ein Kampf der Arbeiter gegen den Kapitalismus.

die anderen erhält haben sollten, von ihnen „Wieder-Wiebergamachung“ verlangen...

Die Ticinofascisten.

Mailand, 24. Juni. (CP.) Russolinis Blatt „Popolo d'Italia“ berichtet aus Lugano, daß in allen Zentren der Talchaften des Tessin Fascistengruppen gebildet werden...

Der Schweizerische Botschafter in Rom hatte eine lange Unterredung mit dem Außenminister Sforza. Der Schweizer Bundesrat Rotta sagt in einem „Stampa“-Interview...

Riedertrübsigen Deutschverleumdungen der Kammerfascisten trat der Deutschschweizer Dr. Reut. Nicolussi würdig entgegen.

Rom, 24. Juni. (CP.) Die deutschen und die slavischen Abgeordneten wurden durch Majorisierung in ihrer Ableitung von den Kommissionen ausgeschlossen.

Fasci (spr. Faschi) bedeutet Bünde, in diesem Fall von wirklichen oder angeblichen Kriegsteilnehmern. Sie betrogen jetzt die Sozialisten und leider scheint es, daß auch in Italien wie in Ungarn...

wie die vielen Ratschreie der Gewerkschaften beweisen, unter dem Terror ihrer nationalistisch aufgeputzten Arbeitskollegen auf das schwerste zu leiden.

Räumungsabkommen.

Berlin, 24. Juni. (U.) Der Dezerent für Oberschlesien im Auswärtigen Amt, Freiherr von Malchahn, der die Parlamentarische Kommission nach Oberschlesien begleitet hatte...

Praschma und Jonhauz.

Zu der vom „Vorwärts“ veröffentlichten Beschwerde des französischen Gewerkschafters Genossen Jonhauz, er hätte in Oppeln 1/2 Stunden auf eine Unterredung mit Graf Praschma warten müssen...

Die Mitglieder der staatl. Bergwerksdirektion Hindenburg haben der IK. eine sehr ausführliche Darstellung der polnischen Verbrechen gegen Leben, Freiheit, Gesundheit und Eigentum zahlreicher Bergbeamter übergeben...

Die schwarz-rot-goldene Gösch.

Von Eduard David.

Daß die Anhänger des zusammengebrochenen monarchistischen Obrigkeitsstaates das schwarz-rot-goldene Reichsbanner aus tieffter Seele hassen, ist begreiflich. Es ist ein alter Haß...

Auch heute wissen die ihrer Borrechte beraubten Vertreter des alten Systems sehr gut, was sie wollen bei ihren Versuchen, die schwarz-rot-goldene Fahne wieder herunterzu reißen.

Ein schiffahrtstechnischer Einwand gegen die neue Handelsflagge kann ja überhaupt nicht mehr erhoben werden, nachdem man bereits in Weimar dem aus seemannischen Kreisen geltend gemachten Bedenken Rechnung getragen hatte...

Paul Müller aber glaubt der deutschen Sache zu dienen, wenn er sich diese Argumente zu eigen macht. „Man verungiere uns nicht die reine schwarz-weiß-rote Handelsflagge durch eine fremdartige, buntschneidige Gösch“...

Hat Paul Müller dafür keine Empfindung? Oder ist es nur die völlige Unkenntnis der Geschichte der deutschen Demokratie, die ihm solche Worte in den Mund legt!

Demgegenüber sei zunächst festgestellt, daß die schwarz-weiß-rote Fahne eigentlich niemals als Symbol des gesamten Deutschlands gegolten hat. Es war das Hoheitszeichen des unter preussischer Hegemonie aufgerichteten Norddeutschen Bundes...

leihen mit der Blutgerichtsbarkeit gebraucht wurde. Als das alte Reich 1806 zu Grabe getragen wurde, verscharrten die Landesfürsten auch die alten Reichsabzeichen und setzten an deren Stelle ihre Landesfarben.

Dementgegen nahmen die Männer und Jünglinge, die das Ideal der alten deutschen Reichseinheit in der Form eines modernen Verfassungsstaates aufspazierten, auch die alten Farben als die allgemein deutschen wieder auf und hielten sie durch die Zeiten des alten Meiternrichschen Systems hindurch hoch in Ehren. Als sich dann mit den Pariser Februarereignissen des Jahres 1848 auch der Freiheitssturm in Deutschland ankündigte, hielten es die Vertreter des vormärzlichen deutschen Bundes für ratsam, dem nationalen Einheitsgedanken entgegenzukommen durch Anerkennung seiner Symbole. Am 9. März 1848 faßte der Bundesausschuß folgenden Beschluß:

Die Bundesversammlung erklärt den alten deutschen Reichsadler mit der Aufschrift „Deutscher Bund“ und die Farben des ehemaligen deutschen Reichspaniers (Schwarz-Rot-Gold) zu Wappen des deutschen Bundes und behält sich vor, wegen der Anwendung nach Erstattung des Ausschussesberichtes das weitere zu beschließen.

Demgemäß wurde dann am 20. März beschlossen, daß das Bundeswappen und die Bundesfarben sofort in den Bundesfestungen angebracht werden solle; daß ferner die Bundesregimente diese Embleme als gemeinschaftliche Erkennungszeichen und daß die Bundesbehörden entsprechende Siegel führen sollten. Die spätere Nationalversammlung in der Paulskirche fand also in dieser Hinsicht schon fertige Arbeit vor. Vom 19. März ab wehte die schwarz-rot-goldene Fahne auf dem Römer Dom, vom 20. März ab auf allen Dächern der Berliner Staatsbehörden. Friedrich Wilhelm IV. legte eine schwarz-rot-goldene Armbinde an und ließ eine schwarz-rot-goldene Fahne vor sich hertragen, als er am 21. März durch die Hauptstraßen von Berlin ritt. In seiner Proklamation am gleichen Tage hieß es:

Ich habe heute die alten deutschen Farben angenommen und mich und mein Volk unter das ehrwürdige Banner des Deutschen Reiches gestellt. Preußen geht fortan in Deutschland auf.

„Das ehrwürdige Banner des Deutschen Reiches“ — so nannte also damals der Preußenkönig die Fahne, die die monarchistischen Schreier heute als die neue „Judenfahne“ oder den „republikanischen Schmuglappen“ zu beschimpfen sich erdreisten.

Als die preussische Reaktion unter Führung des Generals Wrangel im November 1848 sich wieder Berlins bemächtigte, da riß sie auch die Symbole der demokratischen Reichseinheit wieder herunter. Die Weimarer Verfassung hat die schwarz-rot-goldene Fahne wieder gehißt. Demokratie und Reichseinheit — das ist die Bedeutung dieser Farben nach innen und nach außen. Darum der Ansturm der Verechter von Ständeorchten, partikularistischen Interessen und monarchistischen Ideen gegen dieses Banner.

Es ist tief bedauerlich, daß ein sich zur Sozialdemokratie zählender Mann wie Paul Müller ihnen dabei Liebesdienste leistet. Er nennt die Erziehung der schwarz-weiß-roten Fahne durch die schwarz-rot-goldene „ein Possenspiel gegenüber allen Revolutionen der Geschichte“, und gibt folgende verbüßende Weisheit zum besten:

Die Geschichte lehrt uns, daß große Völker und Nationen trotz Revolution ihren Farben treu geblieben sind. Wir brauchen nur auf unsere westlichen Nachbarn, auf Frankreich, hinzusehen. In Frankreich revolutionären Zeiten war nichts vergitterter als das alte französische, in seinen Farben erhaltene Banner: die Tricolore. Worum sollten wir Deutsche uns tiefer erniedrigen, als jedes andere Volk der Welt sich jemals in Revolutionen erhoben oder auch erniedrigt hat?

Also das lehrt uns nach Paul Müller die Geschichte! In Wahrheit lehrt sie uns, daß das alte französische Banner das weiße Banner mit den goldenen Lilien war, und daß die große französische Revolution es alsbald herunterholte und an seine

Stelle als neues Banner die Tricolore pflanzte. Die Nationalversammlung ordnete 1792 sogar die Vernichtung der Fahnen und Zeichen des alten Regimes an, und wenn Paul Müller gegen diese „Erniedrigung“ damals aufgetreten wäre, so würde man ihn selbst vermutlich gründlich „erniedrigt“ haben. Selbstverständlich hieß Ludwig XVIII. wieder das alte Lilienbanner seines Hauses. Die Februarrevolution 1830 riß es aber wieder herunter, und seitdem ist die blau-weiß-rote Fahne der Revolution das Zeichen des neuen Frankreich geblieben.

So steht in Wirklichkeit die Geschichte aus, und es wäre sehr zu wünschen, wenn Paul Müller und andere von den Franzosen in dieser Sache etwas lernen wollten. Den Stolz nämlich auf das von der siegreichen Revolution aufgezogene Banner. Wir haben wirklich keinen Grund, der schwarz-weiß-roten Fahne der Hohenzollernmonarchie nachzutruern. Es was das Wahrzeichen eines Systems, das keinen ehrlichen Demokraten in einem öffentlichen Amte duldet und das die Sozialdemokraten „als Menschen, nicht wert, den Namen Deutscher zu tragen“, bezeichnete und behandelte.

Die sozialdemokratischen Seelenleute sollten sich bewußt sein, daß es die Pflicht jedes deutschen Republikaners ist, auch der Welt draußen zu zeigen, daß ein neues Deutschland entstanden ist. Die schwarz-rot-goldene Gfösch soll aller Welt sagen, daß der alte halbabsolutistische Obrigkeitsstaat zusammengebrochen und das Deutsche Reich fortan eine Republik ist. Das ist die große Errungenschaft des Krieges, der uns sonst soviel Opfer und Leid gebracht hat. Der Stolz auf das errungene Selbstbestimmungsrecht im Innern soll uns die Kraft geben, auch volle Gleichberechtigung und erhöhte Achtung draußen in der Welt zu erringen. Wie aber sollte die Welt deutsche Demokraten achten, die ihre Republik hinter den Farben und Abzeichen des monarchistischen Obrigkeitsstaates verstopfen!

Sozialdemokraten zum Selbstschutz.

Die Reichsregierung kündigt ein generelles Verbot sämtlicher Selbstschutzorganisationen durch Verfügung des Reichspräsidenten an. Dabei muß es allerdings Befremden erregen, wenn ein bekanntes Nachrichtenbureau diese Ankündigung in folgender Form bringt:

Mit Bezug auf die Nachricht, daß in Schlesien eine Selbstschutzorganisation im Gegensatz zu der Orgeß im Entstehen begriffen sei, wird der „Telegraphen-Union“ von zuständiger Seite mitgeteilt, daß voraussichtlich heute abend eine Verordnung des Reichspräsidenten erscheint, durch die die Auflösung aller Selbstschutzverbände verfügt wird.

Danach müßte man annehmen, daß die Ueberzeugung von der Notwendigkeit eines solchen Erlasses erst mit dem Moment kam, als eine republikanische Selbstschutzorganisation als Gegengewicht gegen die Orgeß ins Leben trat. Aber nichtsdestoweniger würden wir ein solches Verbot begrüßen, wenn wirklich seine strikte Durchführung gewährleistet wird. Wir haben in der gestrigen Abendausgabe uns gegen das von der „Deutschen Tageszeitung“ geforderte Verbot des in Breslau begründeten republikanischen Selbstschutzes gewandt. Diese Stellungnahme ging natürlich von der Voraussetzung aus, daß die Selbstschutzorganisationen der Rechte erlaubt bleiben, oder daß ihr Verbot, wie bisher, durch die sabotierende Rechtsprechung der Gerichte unwirksam gemacht wird. In diesem Fall muß die Sozialdemokratie für sich genau das selbe Recht wie die anderen in Anspruch nehmen. Solange es Selbstschutzorganisationen der Rechte gibt, solange eine Orgeß und ähnliches besteht, hat die Sozialdemokratie das volle Recht zur Gründung ähnlicher Organisationen. Ob sie von dem Recht Gebrauch macht, ist lediglich eine Zweckmäßigkeitsfrage, die niemand anders entscheidet, als die Partei selber.

Lieber sähen wir allerdings, daß das ganze

Selbstschutzwesen aufhörte. Denn nach unserer Auffassung soll die Gewährleistung von Ruhe und Ordnung eine ausschließliche Angelegenheit des Staates sein. Aber ein papierenes Verbot würde uns hier nicht befriedigen. Als Genosse Seering im vorigen Jahre den Selbstschutz verbot, erließ der märkische Selbstschutz eine Proklamation, die mit den Worten schloß: „Der Selbstschutz bleibt bestehen, solange wir das für nötig halten.“ Und er blieb bestehen. Selbst in Berlin besteht noch ein etwa 5000 Mann umfassender Selbstschutz, der sich fast ausschließlich aus den deutschen Mitgliedern der früheren Einwohnerwehr zusammensetzt. Wir haben jüngst Dokumente über dieses Gebilde veröffentlicht, ohne daß es irgendwie behelligt wurde. Solange das möglich ist, muß auch die Arbeiterschaft das gleiche Recht für sich in Anspruch nehmen.

Die Sozialdemokratie wird der angekündigten Verfügung der Regierung keine Schwierigkeiten bereiten. Wenn sich aber wieder herausstellt, daß diese Verfügung auf dem Papier bleibt, daß sie von den Gerichten einfach für ungültig erklärt und praktisch außer Kraft gesetzt wird, dann kann niemand der Arbeiterschaft verwehren, wenn sie den dadurch geschaffenen Rechtszustand nicht nur gegen sich gelten läßt, sondern auch für sich in Anspruch nimmt.

Prinzenzorn in Lippe.

Im „Deutschen Abendblatt“ Wulles („Jede Nummer ein Ereignis“) giebt Friedrich Wilhelm, Prinz zur Lippe, noch einmal die Schale seines Zornes über den Prinzen Max von Baden aus, weil er im Bunde mit den sechs Volksbeauftragten am 9. November Hochverrat verübt habe. Ihm ist in seinem Gottesgnadendünkel der Gedanke unerträglich, daß ein Standesgenosse den gesamten versippten Familienvererb das ganze Geschäft verdorben hat. Von welchem Hochmutsteufel dieses lippisch-prinzliche Kerlchen befeelt ist, zeigen folgende Auslassungen:

Den damaligen roten Genossen des Prinzen Max und späteren Volksbeauftragten kann man nun bei ihrem Verbrechen zugute halten, daß ihnen immerhin ganz naturgemäß die Vorbedingungen für Einsicht und gründliche Erkenntnis fehlten. Prinz Max wird für sich diese Entschuldigung nicht in Anspruch nehmen wollen, jedenfalls nicht dürfen. Sein Verbrechen ist also um so schlimmer, da er die ihm von Gott in die Wiege gelegten geistigen Hilfswerkzeuge unbenutzt gelassen hat, uneingedenk des alten Wortes: Adel verpflichtet, oder, wie ich lieber sagen möchte: Hohe Geburt verpflichtet.

Im März 1919 hatte ich bereits die Tat des Prinzen Max als Verrat bezeichnet und als einen Schandfleck, den er auf sein altes, ehrwürdiges Haus gebracht hat. Ich hatte damals erwartet, er würde mich fordern oder wenigstens verklagen. (1) Beides hat er vorgezogen wortlos zu unterlassen.

Daß der Prinz Max sich nicht schämt und auch nicht die Weltgeschichte vor das Schöffengericht bringt, läßt ihn in der Achtung des prinziplichen Kerlchen aus Lippe noch tiefer sinken. Ob er's verschmerzen wird? Vielleicht doch, wenn er bedenkt, daß ihm der Lipper attestiert, er mißte von Gottes Gnaden gescheiter sein als Ebert, Scheidemann und Landsberg zusammen. Den Prinzen sind nämlich „die geistigen Hilfswerkzeuge“ immer schon „von Gott in die Wiege gelegt“. Das merkt man besonders deutlich an diesem Friedrich Wilhelm, Prinzen zur Lippe.

Der Reichstagsausschuß für Wohnungswesen behandelte die Verlängerung der Geltungsdauer des Gesetzes über Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel vom 19. Mai 1920. Nach dem neuen Entwurf soll die Geltungsdauer des Gesetzes bis zum 31. März 1922 verlängert werden. Der Ausschuß stimmte dem Gesetzentwurf ohne wesentliche Änderung zu. Es folgte eine Besprechung über das Reichsmietengesetz. Von deutscher Seite wurde ausgeführt, daß dieses Gesetz in der vorliegenden Fassung unannehmbar sei, da es die Sozialisierung des gesamten Wohnungswesens (1) bedeute.

Das „teutsche“ Herz.

Von Hans Wesemann.

Reulich nachmittags fuhr ich nach Wannsee, um mir eine Rivieraktion zu besorgen. Zu meiner Unterhaltung hatte ich mir ein Exemplar der „Deutschen Tageszeitung“ gekauft. Da las ich denn einen fabelhaften Artikel, von einem Generalsuperintendenten verfaßt, der sich mit der Pleidistik von heute beschäftigte. Der fromme Herr war recht ungehalten über die Respektlosigkeit unserer Tage, die selbst das Heiligste, wie z. B. das Schnupstuch der hochseligen Kaiserin, nicht in Ruhe läßt, und drohte mit Gottes Zorn und der Orgeß allen denen, die verstockten Herzens sind. Ich hatte doch einen gelinden Schrecken bekommen, und als ich nun am Kleinen Wannsee lustwandelte, bewegte sich alles dieses in meinem Herzen. Eigentlich hatte er ganz recht, ein Volk, das seine höchsten Güter nicht achtet und nicht mit Furcht und Zittern seiner Klugheit gehorcht, das muß zugrunde gehen, das haben wir schon in der Konfirmandenstunde gelernt.

So in meine erbaulichen Gedanken vertieft, geriet ich plötzlich auf einen Seitenweg und stand gleich darauf vor einem Grabe. Es war ein bescheidenes Grab, mit Efeu überwachsen und von einer hohen Erle überschattet. Ein weitzer Kranz lag darauf. Mit Mühe las ich auf dem verstaubten Stein den Namen „Heinrich von Kleist“.

Gleich rechts war ein hoher Drahtzaun, hinter dem ein Astenhaufen lag, dann kam ein Hof mit Hühnern und Enten. Links stand ein sehr wohlhabendes Haus, sauber, behäbig und kreditfähig. Aus dem offenen Küchenfenster kamen Wohlgerüche, und ich hörte, wie die Gnädige sagte: „Anna, nehmen Sie ein recht großes Stück Butter für die Sauce.“ Auf dem schmalen Wege, der zum Grabe führte, lag Stullenpapier, und in der nahen Wirtschaft spielte ein Orchester. Das war ja nun eigentlich nicht sehr schön, aber wenn man es richtig bedachte, wer war denn dieser Kleist? Er war sicher ein schlechter Offizier, das bestätigten alle militärischen Kapazitäten seiner Zeit, na und literarisch, er war doch oft reichlich verb, die zünftige Kritik weiß überhaupt nicht recht, wo sie ihn hinstellen soll. Es gibt kein possendes Eitelt für ihn! Und dann dieser unmoralische Selbstmord, er war eben ein unruhiger Kopf, ein gefährlicher Ideologe. Nein, es wäre eine Irrführung der Volksmoral und der öffentlichen Sittlichkeit, wenn man ihn feierlich im deutschen Pantheon beigesetzt hätte, da gab es doch noch ganz andere Leute. Und schließlich war dies Grab doch hübsch romantisch.

Am Schluß meines Spazierganges gelangte ich dann nach Potsdam. Ich ging in ein Café, es liegt am Eingange von Sanssouci, um mich zu restaurieren. Das Lokal war sehr gemütlich, mit durchgelesenen rosa Plüschmöbeln und imitierten Palmständern. An den Wänden hingen Aklamebilder, Hirschgeweihe und Photographien der „allerhöchsten Herrschaften“. Einige wohlgenährte Damen rühten genüsslich in ihren Laffen und führten eine eben-

solche Unterhaltung. Und wie ich mich umfah, da sah mein ehrfurchtsvoller Blick an der Wand, gerade neben dem Sofa, eine Tafel aus Eichenholz mit einer silbernen Plakette und darauf stand: „Zum Andenken an den Aufenthalt Ihrer königlichen Hoheiten, Prinz und Prinzessin August Wilhelm von Preußen. 16. 5. 1911.“

Ein Schein der Verklärung ging von diesem Symbol der Pietät aus, und mit innerem Schauern sah ich das Erleben eines historischen Augenblicks: Rein der Generalsuperintendent hatte doch unrecht, es gab noch deutsche Treue und Anhänglichkeit an die Großen des Vaterlandes. Was sind alle Revolutionen der Welt, alle Geistesgrößen und Genies im Vergleich zu dem Opfermut des deutschen Unterthanen. Und dabei war der wackere Mann noch nicht einmal Hofflieferant. Rein, ich habe neuen Lebensmut seit diesem Tage, und wenn Zweifler und Leugner zu mir kommen, dann erzähle ich dieses Erlebnis und alle müssen verstummen. Nur eins fehlt mir noch zum völligen Glück, ich hätte mich gar zu gerne einmal auf das Sofa unter dem heiligen Schilde gesetzt und mir dann gedacht, hier auf demselben Fleck saßen sie auch. Aber leider war der Fleck besetzt von einer dicken Dame, die sehr energisch ausfah. So blieb es denn bei dem Wunsche. Aber ich hoffe auf mehr Glück beim nächsten Besuche.

Das Berliner Theatergeschäft. Das traurige wirtschaftliche und nicht minder traurige künstlerische Ergebnis der abgelaufenen Theaterspielzeit wird von Max Epstein in einem Aufsatz der von ihm herausgegebenen „Freien Deutschen Bühne“ näher beleuchtet. Die Gründe für die allmähliche Verflumpfung des Berliner Theaterlebens sind nach seiner Ansicht nicht von der allgemeinen wirtschaftlichen Depression her zu suchen, sondern neben den Bergnagungssteuern, die für weniger bemittelte Kreise den Theaterbesuch ganz unmöglich machen, ist der wesentlichste Faktor das ständig tiefer sinkende Niveau des Spielplans und Aufnahmepreises. Das zeigt sich bei dem Versuch, die künstlerische Bilanz der letzten Saison zu ziehen. „Viktor Barnowsta“, sagt Epstein, „hat ein paar schäuderhafte Ausflüge ins Reich der Literatur gemacht, aber doch schließlich im „Idealen Gatten“ und einem neuen Lustspiel von Prescher und Stein seine Aufstucht genommen. Im übrigen genügt zur Hebung der Bühnenkunst das Spiel mit Treppen und Vorhängen keineswegs. Ohne Bühnenbilder gibt es selten Bühnenwirkung. Felix Hoffmann erzielte nicht mit Schillers „Jungfrau“, sondern mit Potafsch und Perlmutter“ Erfolg. Vom Großen Schauspielhaus, in dem sonderbarerweise immer noch gespielt wird, läßt uns schweigen! Bei den Rotter-Bühnen war nichts Befständig als der Wechsel des Repertoires, der die ganzseitigen Annoncen offenbar nicht lohnte und ein bedeutendes Abflauen ihrer Konjunktur verriet. Reinhard u. Bernauer waren auch nicht instande trotz Ballenberg und der Massart, einen Serienplan durchzuführen, und mußten sich selbst im Theater der Königgräßer Straße mit „Rugby“ über den geloderten Zusammenhang mit der künstlerischen Schwerkraft hinweghelfen. Im ganzen muß man feststellen, daß der Spielplan unserer literarischen Privattheater reichlich zu wünschen läßt, und wird zugeben, daß hier ein Defizit im Wissen und Können unserer Direktoren liegt.“

Aber auch bei den Schauspielern macht sich ein stets größer werdender Mangel an künstlerischem Ernst bemerkbar; sie werden immer freizügiger und widmen immer weniger einem Unternehmen ihre ganze Kraft und werden durch den Film von der Bühne fortgezogen.

Den Operettentheatern kann man nichts Böseres und nichts Besseres nachsagen als den literarischen. Es ging ihnen im vergangenen Spieljahre keineswegs gut, und im nächsten Jahre dürfte es ihnen noch schlechter gehen. Die Direktoren müßten sich mehr von der immer weniger zugräftigen Wiener Operette losmachen und neue Männer sowie neue Ideen für diese Werke der leichten Muse zu finden suchen.

Mäzene als Leichenbederter. Ein einst so beliebter Schauspieler wie Harry Walden ist mit seiner Familie in den Tod gegangen — weil er die Mittel nicht mehr aufbrachte, um seine Gesundheit wiederherzustellen. Nach seinem Tode entdeckte man, wieviel er seinen Gönnern, Freunden usw. wert war. Stefan Großmann gliedert den Fall im „Tagebuch“. Mit der Hälfte der Summe, die beim Leichenbegängnis für Autos, Droschken, Omnibus und Straßenbahn ausgegeben wurde, wäre dem abgelebten Harry zu helfen gewesen. Nicht berechnet die Spesen des Leichenbegängnisses. Aber Regisseure für Lebensrettungen finden sich schwerer als Regisseure für Beerdigungen.

In Wiener Blättern ist eine Annonce erschienen, die für die Mäzene von heute bezeichnend ist:

Röbel und Gegenstände aus der feinerzeitigen Auktion Harry Walden werden von Mäzen gegen reichliche Ablöse gekauft. Nur authentische Bestzer werden gebeten, eventuell, falls die Gegenstände vorläufig schriftlich unter „Historia 107710“ bekanntzugeben.

Mag der Künstler verreden — wenn der „Mäzen“ wenigstens mit Sachen prunken kann, die er einst besessen hat.

Die Gypsothek in München ist jetzt neu geordnet worden. Den Anlaß zu dieser längst erforderlichen Aufstellung der Bildwerke in Anzuges schönem Bau am Königsplatz gab die Ueberstaltung der modernen Bildwerke in die neue Staatsgalerie. Das Bestreben war nun, der Sammlung möglichst den alten Charakter wiederzugeben, den sie unter König Ludwig I. hatte: große Kunstwerke wollte er hier bei weiträumiger Aufstellung von anderen getrennt möglichst für sich wirken lassen. Wie Joh. Jacobs jetzt in der Secemannschen „Kunstchronik“ berichtet, ist dieses Ziel gut erreicht worden. Nur in wenigen Fällen, z. B. bei hervorstechenden neueren Erwerbungen, wurde über die Absichten der Gründer der Gypsothek hinweggegangen. Der erste der Festfälle z. B., der Götteraal, ist nicht seiner ursprünglichen leeren Pracht wiedergegeben. Die attischen Grabmäler blieben darin.

Freilichtbühne in Düsseldorf. Aus Düsseldorf wird uns geschrieben: Am südlichen Stadende hat sich eine Freilichtbühne aufgetan, die unter der Führung von Direktor Otto Laurenbrecher, der, von Kottbus kommend, zu Beginn der nächsten Winteraison das Krefelder Stadttheater übernimmt, mit einer ganz vorzüglichen Truppe wahre Mustervorstellungen darbietet. Mit dem Schwinger Urteil, wunderbar holzschnittlich dargestellt, begannen die Aufführungen, eine äußerst glückliche Minna von Barn-

Groß-Berlin

Die beiden Stolpe.

Wanderziele im Norden Berlins.

Stolpe a. d. Oder. In Herzprung an der Stettiner Bahn beginnen wir die Wanderung. Vom Nordende des Dorfs führt der Weg gen Nordost nach Neukünderdorf. Nördlich vom Weg liegen die 81 Meter hohen Bohberge, südlich steigt der 105 Meter hohe Gottesberg an, der von schönem Mischwald mit vielen Birkeln und Buchen bedeckt ist. Neukünderdorf verlassen wir gen Nord. In östlicher Richtung kommen wir nach Gellmersdorf. Allenfalls sehen wir Steinhausen am Wege. Wir sind im Gebiet der großen baltischen Endmoräne, und die Steine, die vom Felde abgelenkt wurden, sind Geschiebe. Mit dem Eis der Eiszeit sind sie von Skandinavien hierher gewandert und liegen geblieben, als das Eis abschmolz. Von der Höhe bietet sich ein schöner Ausblick. Hinter uns Neukünderdorf mit dem Gottesberg. Vor uns der Abfall des Landes zur Oder und die bewaldeten Berge jenseits des Stromes; im Norden das Kloster und die Marienkirche von Angermünde. Wie durchwandern Gellmersdorf und kommen in nordöstlicher Richtung zur Gellmersdorfer Forst, die vorwiegend aus Kiefern, Buchen und Eichen besteht. Ueber das Stolper Mühlenstich nach Stolpe, einer ehemaligen Stadt. Nahe dem Ort die Ruine des Bergfrieds der ehemaligen Burg Stolpe. Von der Berggruppe prächtiger Blick über das Obertal und die von Regen- und Schmelzwasser mild zerklüfteten Uferhänge. Stolpe ist der Geburtsort des Geologen Leopold von Buch (1774—1853). Wir überschreiten den „Kanal“, einen Oberarm, und folgen dem Weg, der gegenüber dem Schloß Stolpe durch die von Gräben und alten Oberarmen durchzogene Niederung zum Oberdamm bei Stolper Dammhaus führt. Auf dem fruchtbaren Boden wird viel Weizen und Tabak angebaut. Auf der Krone des Deichs gen Süd. Döstlich von Stolzenhagen führt ein Weg durch die Niederung nach diesem Ort. Mäherisch schmiegen sich die Häuser und die Kirche an die steilen Uferwände. Südlich vom Dorf liegt ein Burgwall, eine vorgeschichtliche Siedlungsstätte, wie wir sie häufig in der Mark antreffen. Von Stolzenhagen führt der Weg gen Südwest über die Hochfläche zum Bahnhof Lüdersdorf. Weglänge 20 Kilometer. Hinfahrt ab Stettiner Fernbahnhof 6,00 oder 7,30 Uhr früh. Rückfahrt ab Lüdersdorf 7,05 Uhr abends (im Freienwalde umsteigen).

Stolpe a. d. Nordbahn. Vom Bahnhof Hermsdorf gen Ost zum Sandsee. In der Solquellstraße wurde 1889 eine 3prozentige Sohle erbaut. Ein Holzgerüst bezeichnet heute noch die Stelle. Diese Bohrung hat wertvolle Aufschlüsse über den geologischen Aufbau des Untergrunds der Berliner Umgebung gegeben. Auf der Chaussee kommen wir gen Nord nach Glienide. Unmittelbar an diesen Ort schließt sich die Gartenstadt Frohnau. Wir wandern auf den schön angelegten Wegen zum Bahnhof und weiter in westlicher Richtung. Bald ist das Ende der Siedlung erreicht. Der Weg führt jetzt durch schönen Kiefernhochwald. Am Priesterberg und am Milsberg vorüber kommen wir nach Neubrück an der Havel. Wir folgen dem Ostrand der Havelniederung gen Nord; die Wanderung bietet einen schönen Blick über den Fluß zum jenseitigen Ufer. Die Havel zeigt hier noch nichts von jener Schönheit, die sie uns in der Serenität südlich von Spandau und bei Potsdam offenbart. Still und verträumt zieht sie durch die Wiesenniederung, ein echtes Kind der märkischen Ebene. In der Stolper Ziegelei wenden wir uns gen Ost durch den Wald nach Stolpe. Vom alten Dorf wandern wir durch eine Landhausniederung zum Bahnhof Stolpe, von dem wir zurückfahren. Weglänge 15 Kilometer.

Die Feriensonderzüge.

Um eine Ueberfüllung der Feriensonderzüge unter allen Umständen zu vermeiden, hat die Eisenbahnverwaltung die Fahrkarten rationiert. d. h. sobald die in den einzelnen Zügen verfügbaren Plätze verkauft sind, wird der Vorverkauf zu den Zügen geschlossen. Als Neuerung hat die Eisenbahndirektion Berlin die Möglichkeit geschaffen, daß zusammenreisende Familien Gelegenheit haben, auch

in den Zügen zusammen zu reisen, ohne Gefahr zu laufen, im Gedränge auf den Bahnsteigen getrennt zu werden. Die Bahnhofsvorleser der Abgangsbahnhöfe in Berlin sind angewiesen worden, für 6 und mehr zusammenreisende Personen auf besonderen Antrag hin ganze Abteile, je nach der Anzahl der Personen, auf den Namen der Reisenden vorzubehalten zu lassen. Inhaber von Bahnsteigkarten haben im allgemeinen zu den Sonderzügen keinen Zutritt. Nur wenn es sich darum handelt, kranke, sieche oder gebrechliche Reisende oder Kinder zu den Zügen zu geleiten, sind Ausnahmen zugelassen. Diese Maßnahmen soll verhindern, daß, wie es schon häufig vorgekommen ist, durch die Besetzung von Plätzen mit Nichtreisenden die gleichmäßige Verteilung der Sitzplätze an die Reisenden unmöglich gemacht wird.

Die amtlichen Uebersichten für die nach der Ostsee verkehrenden Feriensonderzüge mit den Fahrpreisen sind noch nicht fertiggestellt, doch kann nunmehr schon gesagt werden, wann und wohin Feriensonderzüge überhaupt vorgezogen sind. Nach Swinemünde am 8. und 9. Juli ab Charlottenburg 9,45 Uhr vormittags; ab Stettiner Bahnhof am 11. und 12. Juli um 9,54 Uhr vormittags. Nach Risdron am 10. Juli ab Charlottenburg 1,20 Uhr nachmittags, vormittags; am 11. Juli ab Stettiner Bahnhof 10,31 Uhr vormittags. Nach Risdron am 10. Juli ab Charlottenburg 1,20 Uhr mittags. Nach Warnemünde am 10. und 12. Juli sowie am 15. August ab Stettiner Bahnhof 10,57 Uhr vormittags und nach Stettin am 11. Juli ab Stettiner Bahnhof 7,10 Uhr vormittags. Die Fahrpläne für die Bäderorte nach Rügen, für die ebenfalls noch einige Sonderzüge vorgezogen sind, können erst in einigen Tagen mitgeteilt werden. Der Vorverkauf für obgenannte Züge wird voraussichtlich ebenfalls am 27. Juni eröffnet werden können.

Das Urteil im Hotelmordprozeß.

Boß und Nägler lebenslanglich, Gertrud Nägler 15 Jahre Zuchthaus.

Der Raubmord an dem Kaufmann Wolfner im Hotel „Münchener Hof“ in der Königsgräber Straße, der am 21. Juli 1920 verübt wurde, hat gestern seine Sühne gefunden. Das Urteil lautete auf Grund des Spruches der Geschworenen, nach den Anträgen des Staatsanwalts, gegen den Angeklagten Boß wegen schweren Raubes mit Todeserfolg auf eine lebenslangliche Zuchthausstrafe. Die Angeklagte Gertrud Nägler wurde wegen Raubes, aber nicht mit Todeserfolg, zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus, ihr Bruder Ernst Nägler wegen Anstiftung zum schweren Raub mit Todeserfolg und wegen Anstiftung zum Raub ebenfalls zu einer lebenslanglichen Zuchthausstrafe verurteilt. Den beiden Männern wurden dauernd, Gertrud Nägler auf 10 Jahre die Ehrenrechte abgesprochen. Die Verteidiger meldeten Revision an. — Aus der Verhandlung ist noch folgendes nachzutragen:

Nach den Gutachten der medizinischen Sachverständigen Prof. A. Strauch und Sanitätsrat Dr. Juliusburger gab Sanitätsrat Dr. Fritz Leppmann gleichfalls ein sehr eingehend begründetes Urteil über den Geisteszustand der Geschwister Nägler. In wesentlicher Uebereinstimmung mit Prof. Dr. Strauch gabichte er der Erziehungsmängel, der erblichen Belastung und aller übrigen Momente, die zu einer unharmonischen Entwicklung des Seelenlebens beider, insbesondere auch des Ernst Nägler führte. Staatsanw.-Rat Ritter führte in seinem Plädoyer den Geschworenen nochmals das Bild der Persönlichkeiten der Angeklagten, ihr Verleben, das Zusammenarbeiten derselben bei verschiedenen Straftaten, die Vorbereitungen und Vorbereitungen zu dem Verbrechen und dieses selbst in allen seinen Einzelheiten vor Augen. Der Staatsanwalt gab zu, daß nach den Gutachten der Sachverständigen die Angeklagten gewisse Abnormitäten aufweisen, daß sie

aber nicht unzurechnungsfähig

bei der Tat gewesen seien. Die verminderte Zurechnungsfähigkeit habe in der Anklage schon dadurch Ausdruck gefunden, daß die Anklage nicht wegen Mordes, sondern wegen Raubes mit Todeserfolg erhoben worden sei. Ernst Nägler, der spiritus rector des ganzen Verbrechens, sei der schwereren Begünstigung, des Raubes, des Diebstahls und der Heftigkeit schuldig zu sprechen. Die Bewilligung mildernder Umstände da, wo sie überhaupt gesetzlich zulässig seien, sei selbstredend vollständig ausgeschlossen, wenn man bedenkt, mit welcher verbrecherischen Energie die Angeklagten gehandelt haben, daß ein in geordneten Verhältnissen lebender Mensch zu Tode gebrandt worden ist und die Angeklagten um so gefährlichere Menschen sind, als sie eigentlich ohne Grund sich entschlossen haben, diesen Raub zu begehen.

sich nur noch ein wenig. Wie dumm war es von ihm gewesen, zu zeigen, was er fühlte, ja überhaupt zu fühlen! Was gingen ihm die Menschen an, da er nichts mehr mit ihnen gemein haben wollte? Nein, er marschierte nicht in Reih und Glied, er ging abseits, und er würde es noch erleben, daß die anderen, die ihn heute noch verachteten und die glaubten, ihn ducken zu können, ihm nachliefen!

Er schämte sich mit einem Male auch dessen, daß er diesem Monne da, der künftig doch auch nur ein gefügiges Werkzeug in seinen Händen sein sollte, so offen gezeigt hatte, wie er über ihn dachte.

Immer aufs neue drängte sich ihm die Ueberzeugung auf, daß die Lüge, in die man sich der Welt gegenüber hüllte, nicht notwendige Schwäche sein mußte, daß sie im Gegenteil eine Stärke sein konnte, gegen die die Menschen machtlos waren.

Da es für ihn feststand, daß die Menschen böse und rachsüchtig waren, gelangte seine Natur leicht dahin, zu glauben, daß es eine Dummheit wäre, sich gegen sie mit Güte zur Wehr zu setzen. Womit man sie am erfolgreichsten tnebelte, waren vielmehr dieselbe Rachsücht und dieselbe Lüge, die sie selber gegen einen zur Anwendung brachten. Nur mußte man, wie sie, heucheln und so tun, als wolle man ihr Gutes, welche Heuchelei dann den Genuß, sie zu beherrschen, noch erhöhte.

So wurde Reiser nun mit einem Male zu dem Geschäftsführer freundlich und entschuldigte sich bei ihm wegen der heftigen Szene im Restaurant.

Als einer, der noch allzusehr unter dem Eindruck der verfloffenen vier Jahre stehe, sei er außerordentlich reichbar und seiner neuen Mitwelt gegenüber ungerecht; und so bedauere er vor allem seine ehemalige Braut, der er durch sein Benehmen unverdienterweise einen solchen Schrecken eingejagt habe.

Das nahm der Geschäftsführer sofort zum Anlaß, sich des näheren über die Verhältnisse dieser Dame auszulassen. Sie habe eine vortreffliche Partie gemacht. Ihr Mann sei ein Architekt, der trotz seiner Jugend schon sehr bekant und mit Aufträgen überhäuft sei. Und das Ehepaar erfreue sich auch schon zweier reizender Kinder.

„Ja,“ sagte Reiser wie bereuend, „wenn ich daran denke, welche Wendung vielleicht mein Leben genommen hätte, wenn sie meine Frau geworden wäre.“

„Run,“ tröstete ihn völlig befriedigt der Geschäftsführer, „Sie dürfen trotzdem den Mut nicht verlieren!“

Reiser gab ihm die Hand und trennte sich von ihm. Er ging allein durch die nächtliche Stadt, voller Gedanken und Pläne.

Es folgten mehrstündige Plädoyers der Verteidiger R. M. Dr. Halpert für Boß und Dr. Milsberg für die Geschwister Nägler. Sie brachten zahlreiche rechtliche und psychologische Gesichtspunkte hervor, die sich gegen die Haltbarkeit der juristischen Ausführungen des Staatsanwalts richteten und alle Momente unterstrichen, die die unbegriffliche Tat der zweifellos abnorm veranlagten, minderwertigen Angeklagten in etwas milderem Licht erscheinen lassen können.

Der vor dem Schwurgericht des Landgerichts II verhandelte Prozeß gegen den Kaufmann Hans Günther Goede, der seinen Anteil, den Buttergroßhändler Eitner in der Gleditschstraße 26, getötet hat, wurde ebenfalls durch ergangenes Urteil beendet. Die Geschworenen bejahten die Schuldfragen wegen Körperverletzung mit Todeserfolg. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 4 Jahren Zuchthaus unter Anrechnung der Untersuchungshaft.

Kartoffel-Repp.

Vorgehen gegen übermäßige Verteuerung

Mit den neuen Kartoffeln, die auf den Markt kommen, ist auch in diesem Jahre wieder der rücksichtsloseste Repp der Produzenten erwartet. In den Berliner Marktkassen stehen die Frauen der arbeitenden Bevölkerung wieder nach Kartoffeln an. Alle Kartoffeln werden nur noch 5-Pfundweise von den Händlern abgegeben, weil nur ganz geringe und sehr minderwertige Quantitäten auf dem Markt sind. Die Zufuhren an neuen Kartoffeln haben in den letzten Tagen wieder reichlicher eingeleert. Die hohen Preise, die bisher dafür gefordert wurden, haben jetzt die Preisprüfungskstelle veranlaßt, nähere Feststellungen auf den Märkten zu machen. Beamte dieser Behörde unterzogen nachts den Neulüssener Frühkartoffelmarkt einer Prüfung und stellten dabei fest, daß die Landwirte für den Zentner durchschnittlich 180 M. verlangten und erhielten. Die Beamten schritten gegen diese Verteuerung sofort ein und zwangen die Produzenten, den Preis auf 120 M. zu reduzieren und von den erhaltenen Kaufsummen entsprechende Beträge zurückzugeben.

Ein staatenloser Millionenbetrüger.

Unglaubliche Schwindelgeschäfte eines falschen Amerikaners lagen der Anklage zugrunde, die gegen den Weinbändler Johannes Rück wegen Betruges und schwerer Urkundenfälschung vor der 3. Strafkammer des Landgerichts II verhandelt wurden.

Der Angeklagte hatte im Februar d. J. den in New York geborenen Kaufmann Ernst Welz kennen gelernt, ohne zu ahnen, daß dieser direkt aus dem Börsensee Gefängnis kam. Welz war 1916 zu 6 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt worden, hatte es aber verstanden, vor Verbüßung dieser Strafe die Vollstreckungsbehörden in den Glauben zu versetzen, daß er amerikanischer Bürger sei und daher gemäß dem Waffenstillstandsvertrage entlassen werden müsse. In Wirklichkeit war er staatenlos, da er das amerikanische Bürgerrecht längst verloren hatte. Es gelang ihm, den 10 Jahre älteren, gänzlich unbescholtenen Angeklagten völlig in seinen Bann zu bekommen. Rück gab seine gut bezahlte, seit Jahren von ihm befehdete Kaffiserstellung auf, lieferte Welz seine gesamten Ersparnisse aus und ließ es zu, daß dieser unter der Firma „J. R. Rück u. Co.“ in der Potsdamer Straße eine angebliche „Einkaufsgesellschaft der Beamten und Arbeiter von Handel und Industrie“ eröffnete. Es begann nun ein wahrer Herrensabbat verwegener Betrügereien im großen Stil. In kurzer Zeit war die „Einkaufsgesellschaft“ mit mehreren hundert Werken in Verbindung getreten, die gegen Wechsel mit 2 Monaten Ziel Unmengen von Waren lieferten. Diese wurden von Welz teils sofort in Berlin verschleudert, teils nach London verschoben. Der Gesamtschaden der Lieferanten beläuft sich auf mehrere Millionen Mark. Rück ließ sich von Welz auch nach England verschleppen und bei dortigen Transaktionen als Vorpann benutzen. Zu guter Letzt verbrannte Welz sämtliche Geschäftsbücher und verschwand spurlos auf Rimmerwiedersehen nach Amerika.

Das Gericht erkannte an, daß Rück unter ungewöhnlichem Einfluß gehandelt habe, und verurteilte ihn trotz des riesigen Umfangs der Straftaten zu einem Jahr Gefängnis unter voller Anrechnung der Untersuchungshaft von 6 Monaten.

Er nahm war, wie es klarer und ruhiger in ihm wurde. Und er litt nicht darüber, daß er allein war, denn er fühlte sich plötzlich wieder stark.

In den Gärten der Häuser von Uhlenhorst duftete der Flieder. Ein junges Paar hatte sich an einen Zaun gedrückt. Reiser spürte eine süße Bangigkeit in sich.

7.

Das Auto hielt vor dem Hauptbahnhof, Reiser stieg aus und gab einem herbeileidenden Gepäckträger die Weisung: „Nehmen Sie meine Koffer!“

Alles Gepäck, das er mit sich führte, hatte in drei großen Rohrplattenkoffern Platz gefunden.

Er verabschiedete den Chauffeur und begab sich sodann an den Billettschalter. „Eine Fahrkarte erster Klasse nach Berlin,“ sagte er. Und wenige Minuten später sah er rauchend in dem Abteil, von seinem Mitreisenden belästigt, und blickte den Häusern Hamburgs nach, die langsam vor ihm zurückwichen.

Als der Zug Bergedorf passiert hatte, öffnete Reiser seine Handtasche und entnahm ihr ein Bündel Briefe, die er auf den Polsterhoh neben sich legte, um sie noch ein letztes Mal durchzusehen. Es waren Angebote, die auf eine von ihm in Berliner Zeitungen eingerückte Anzeile haufenweise eingegangen waren. Nur wenige davon interessierten ihn wirklich, während eins doch seine volle Aufmerksamkeit erweckt hatte.

Es war ein Schreiben, das in seiner Rarität fast rührend wirkte. „Sie suchen,“ hieß es darin, „ein größeres Unternehmen, an dem Sie sich mit einer beträchtlichen Summe gewinnbringend beteiligen können. Ich möchte Ihr Interesse auf mein Holz-Importgeschäft lenken, das, wenn es auch jetzt vor dem unmittelbaren Zusammenbruch steht, doch wieder in eine Goldgrube verwandelt werden kann, wenn ich einen ehrlichen und kapitalkräftigen Teilhaber finde, der sich meiner annimmt. Ich empfehle Ihnen, mein Angebot ernstlich zu prüfen. Sollten wir einig werden, dann würden Sie an mir einen dankbaren und sachkundigen Mitarbeiter haben. Im Kaufmännischen bin ich freilich nicht so gut beschaun, wie ich es sein möchte, und das ist mir auch zum Verhängnis geworden. Ein junger Mann, den ich zu meinem Kompagnon gemacht hatte, hat mich durch seine betrügerischen Machenschaften an den Ruin gebracht. Ich bin nun alt und nicht mehr fähig, mich aus Eigenem wieder emporzuarbeiten.“

Der Brief war in einer seltsam veränderten Handschrift geschrieben, enthielt noch sachliche Details und war mit dem Namen Erhard Gutzeit unterzeichnet. (Fortf. folgt.)

Die Rächer.

Roman von Hermann Wagner.

„Schweigen Sie!“ raunte ihm der Geschäftsführer zu, noch immer bemüht, einen Ausritt zu vermeiden. „Schweigen Sie, man ist auf uns aufmerksam geworden!“

„Ist man das, mir gleich!“

„Ja, bitte Sie.“

Reiser schlug mit der geballten Faust auf den Tisch.

„Wollen Sie Schweigen,“ schrie er, „Sie Feigling?“

Der Geschäftsführer pochte mit einem Geldstück auf den Tisch und rief angstvoll: „Zahlen!“

Man hörte das Rären von Stühlen, einige Gäste erhoben sich und reckten die Köpfe, andere lachten, aus einer Ecke kam der Ruf: „Unverschämtheit!“

Drei Kellner waren an den Tisch herangeekilt, umstanden ihn und zögten eine drohende Miene. „Zahlen?“ fragte wenig lebenswürdig der eine.

Reiser warf ein Goldstück auf den Tisch, stand auf, schob mit dem Fuß den Stuhl heftig zurück und zischte halblaut „Gefindel“ vor sich hin.

Draußen in der frischen Luft entblöhte er den Kopf und fuhr sich mit der Hand über die seuchten Haare. Ein Gefühl der Scham und Verachtung würgte ihm. Sein Wunsch war es, die Welt zu vergiften, und doch lähmte ihn eine dumpfe Angst vor dieser Welt.

Der Geschäftsführer schritt neben ihm einher und versuchte es, ihn zu trösten. Der Unterton seiner Wort war Freude. Schadenfreude über die Niederlage des anderen, der sich damit gebrüftet hatte, der Welt überlegen zu sein.

Nein, niemand war der Welt überlegen, in der Welt hing der eine vom anderen ab, ein jeder brauchte den Nachbar, der ja im Grunde gar nicht so böse und rachsüchtig war, wenn man ihm nur zeigte, daß man sich der Allgemeinheit fügte! Die Allgemeinheit! Sie war es, die man bei allem, was man tat, vor Augen haben mußte. Man mußte immer in Reih und Glied marschieren, durfte nie so anmaßend sein, sich abseits zu begeben. Und gar gegen den Strom konnte niemand schwimmen.

Reiser verglich die Worte, die er da hörte, mit denen, die der alte Justizrat zu ihm gesagt hatte, und lachte laut auf. Es gelang ihm allmählich, ruhiger zu werden, und er schämte

Einzelne Beschlüsse mit Duplikatfrachtbriefen.

Der ihm Millionen einbrachte, betrieb seit Jahren ein 26 Jahre alter Kaufmann Friedrich Riedel, der gestern endlich von der Neufällner Kriminalpolizei unerschöpflich gemacht wurde. Riedel hat immer mehrere Waggons Kohlen, Dingenmittel, Lebensmittel oder Fett an. Auf diese Waren schloß er die Duplikate der Frachtbriefe, die er dann durch Vermittler oder Helfershelfer, die von den Frachtlagen wußten, an große Firmen verkaufte. Mit ihm wurde seine Geliebte verhaftet, eine Frau Hedwig Passarge. Der Verhaftete gibt zu, daß er 25 bis 30 gefälschte Duplikatfrachtbriefe verkauft habe. Er mit sie alle von einem Franz Stange aus Breslau erhalten haben, weiß aber nicht einmal anzugeben, wo dieser Mann dort wohnt. Ob Stange überhaupt existiert, ist noch sehr fraglich. Zuerst dem Pärchen wurden als Helfershelfer weiter festgenommen ein Bruder der Frau Passarge namens Fritz Schulze aus Niederhahnweide, ein Ingenieur Will Frischmuth und dessen Schwäger Bertal aus Wilmersdorf und eine Elisabeth Wäch aus Berlin. Die ganze Gesellschaft wurde von der Neufällner Kriminalpolizei dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Weitere Mitteilungen über ihr Treiben, besonders auch über die Person und den Aufenthalt des Franz Stange nimmt Kriminaloberwachmeister Lütken im Zimmer 61 des Polizeiamts Neufölln entgegen.

Wer kennt die Uhr?

Die Untersuchung über den Mord an dem Postassistenten Spieltzkocher hat noch immer nicht auf die Spur des Täters geführt. Sehr wesentlich ist es, den Verbleib der dem Ermordeten geraubten Uhr ausfindig zu machen. Dies ist bisher auch nicht gelungen, weil es an einer genauen Beschreibung der Uhr fehlt. Jetzt konnte festgestellt werden, daß es sich um eine goldene Herren-Uhr mit Remontoiruhr mit Sprungdeckel handelt, die den Goldstempel 0,585 trägt. Die Nummer der Uhr ist nicht genau bekannt. Nach Angaben der Faorit, aus der die Uhr stammt, liegt die Nummer zwischen 67 000 und 68 000. Das Zifferblatt aus Creme-Emaille hat deutsche Zahlen und Sekundenzähler. Auf der Innenseite des goldenen Rückdeckels befindet sich das Fabrikzeichen, eine Krone im Kreise und die Buchstaben: N. D. in einem Stern sowie der Goldstempel B. 56/C. 585. Er hat einfache Ziffern und auf der Rückseite ein Wappenschild. Eine Photographie einer Uhr des gleichen Fabrikats ist im Polizeipräsidium ausgestellt. Es wäre sehr erwünscht, wenn sich Uhrmacher, die Spieltzkochers Uhr in Reparatur hatten, bei Kriminalkommissar Legtmeyer oder bei Dr. Anuschat im Zimmer 86 des Berliner Polizeipräsidiums melden. Für zweifelhafte Angaben wird diesen ohne Rücksicht auf die ausgesetzte Belohnung von 5000 M. für die Aufklärung des Kapitalverbrechens eine Sonderbelohnung zugesichert.

Eine Explosion erfolgte Freitag nachmittags an der Schützen-Ecke Jerusalemstr. 40. Dort war in der Druckerei von Rudolf Roffe im 2. Stock eine Dampfmaschine explodiert, wobei der Monteur Karl Braun so schwer verletzt wurde, daß die Feuerwehr ihn sofort nach dem Urbanerkrankenhaus bringen mußte, wo er bald nach der Einlieferung starb. Er hinterläßt Familie. Durch die Explosion ist auch Materialschaden entstanden.

Eine Tamarinde in grünem Federband verlor Sonntag abend die Frau eines Arbeiters in der Wallstr. oder Götterstr. Die Verlorene bittet um Rückgabe an De Coe, Kalmstr. 6 im Keller.

Der Männergesangsverein „Nomenlos“ M.H.S.S., Chorleiter Emil Ullo, veranstaltet Sonntag, den 26. Juni, nachm. 3 Uhr, im Elisabethstr. 10 ein Konzert mit A-Cappella-Quartett. Daran anschließend wird der Verein im geschlossenen Zuge nach der Spielmeile des Schützenparkes marschieren, um auch dort von etwa 5 Uhr nachmittags ab abends ein Konzert zu geben. — Am Sonntag, den 17. Juli d. R., 2 Uhr nachmittags, veranstaltet der Verein im Vereinslokal III für Rieserstraße in Charlottenburg am Reichstanzplatz ein Konzert.

Filmschau.

„Die Furcht vor dem Weibe“ heißt der neue Film, der jetzt im Ufa am Kurpark am Sonntag, den 26. Juni, nachm. 3 Uhr, im Elisabethstr. 10 ein Konzert mit A-Cappella-Quartett. Daran anschließend wird der Verein im geschlossenen Zuge nach der Spielmeile des Schützenparkes marschieren, um auch dort von etwa 5 Uhr nachmittags ab abends ein Konzert zu geben. — Am Sonntag, den 17. Juli d. R., 2 Uhr nachmittags, veranstaltet der Verein im Vereinslokal III für Rieserstraße in Charlottenburg am Reichstanzplatz ein Konzert.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Sonnabend, den 25. Juni:

- 95. und 96. Abt. Reichswehr, 8 Uhr bei Reichswehr, Reichswehr, Bendorferstr. 30, Ecke Kronenplatz, Sitzung des Reichswehrkomitees zum Wehrfest.
- 121. Abt. Reichswehr, 1 1/2 Uhr Funktionärskonferenz bei Reichswehr, Treppenhof, Ecke Uhlandstraße. Sämtliche Bezirksführer müssen unbedingt erscheinen.
- Charlottenburg-Spanien. Die juristische Sprachschule am Sonnabend fällt aus.

Morgen, Sonntag, den 26. Juni:

- 1. Kreis, Friedrichshagen, Nachmittags 2 Uhr Besuch der Sternwarte in Trepanten. Durchführung des herzoglichen Hochgebirgsfilms: „Die Wunder des Schneefeldes“. Karten zum Preise von 2 M. sind noch an der Kasse zu haben.
- 25. Abt. Der geplante Ausflug nach Spindlersfeld findet erst am Sonntag, den 2. Juli, statt.
- 25. Abt. Familienausflug nach Oranienburg. Abfahrt 6.30 Uhr Silesener Vorortbahnhof. Nachzügler werden vom Restaurant Waldhaus, Oranienburg, Schützenstraße 34, abgeholt.
- Arbeitsgemeinschaft für Elternkassen des 12. Verwaltungsbezirks! Bekämpfung der Reichswehr-Gewerkschaften. Treffpunkt am Bahnhof Silesener, Punkt 9 Uhr. Sämtliche Genossen, die ein Interesse für unseren Kampf um die Gemeindefortschule haben, sind eingeladen, besonders die sog. Lehrer.

Jugendveranstaltungen.

Verein Arbeiter-Jugend Groß-Berlin, Sekretariat: R. 46, In den Jellen 25.

Heute, Sonnabend, den 25. Juni:

Sine Konferenz sämtlicher Abteilungsleiter findet heute um 4 1/2 Uhr im Zentraljugendheim, Lindenstr. 2, statt. Zeitungen, Marken und Ausgabe des Mitteilungsblattes.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Verein der Westpreußen Reichswehr. Zur Erinnerung an die Wüstung findet am Sonntag, den 26. Juni, in der Rindl-Bräueri, Hermannstraße, ein Gartenfest statt, verbunden mit Kinderbelustigungen aller Art sowie verschiedenen anderen Unterhaltungen. Nächste Versammlung 3. Juli, 7 Uhr, gleichfalls in der Rindl-Bräueri. — Reichswehrverein, Kriegsgefangene u. d. Gruppe Reichswehr, Reichswehr, 1 1/2 Uhr, in den Nationaltheater, Reichswehr, Str. 22, Vortragsveranstaltung; anschließend Familienabend. — Verband Deutscher Händler und reisender Gewerbetreibender, 6 Uhr, Vortragsveranstaltung Berlin. Sonntag, den 26. Juni, nachmittags 6 Uhr, Fachgruppe Zeitungen, im Reichstanzplatz, 20. Silesenerstr. 30, Sonntag, den 27. Juni, abends 8 Uhr, Fachgruppe der Spezialisten, im Elisabethstr. 30.

Aus aller Welt.

„Deutschland“ nicht in den Grund geholt! Der „Rotterd. Courant“ schreibt: Aus Londons Liste geht hervor, daß die Havas-Meldung, wonach das Handelsboot „Deutschland“ bei einer Schicksalung in den Grund geholt sein soll, nicht zutrifft. Das Schiff befindet sich jetzt in Birkenhead bei Liverpool im Dock. — In Nordamerika sind die zwei ehemaligen deutschen Tauchboote „J 140“ und „V 48“ durch die mandorierende Jägerflotte zum Sinken gebracht worden.

Wichtige Vorlagen / Reichstag beschlußunfähig

Im Reichstag wurden am Freitag zuerst kleine Anfragen beantwortet. Dem Abg. v. Schöck (D. Sp.) wird erwidert, der Reichsregierung sei bekannt, daß seit Beginn der Besetzung Oberschlesiens

Deutsche von französischen Soldaten vielfach beschimpft und mißhandelt

worden sind. Sie hat Vermohrung eingelegt, ohne daß damit eine Wiederholung der Vorfälle endgültig verhindert worden wäre. (Hört, hört!) Am 17. d. M. ist der deutsche Bevollmächtigte beauftragt worden, wegen einiger neuerer schwerer Fälle energisch zu protestieren. — Der Abg. Graf (Dnat.) wird dahin beruhigt, daß die Nachricht von Adels Aushaltung in Deutschland sich nicht bestätigt hat, sondern Radel zu derselben Zeit, wo er sich in Deutschland aufgehalten haben soll, eine seiner bekannten Reden in Moskau gehalten hat. — Abg. Reich (Dem.): Bistweit ist das Reichsgesetz zur Bekämpfung von Schmutz und Schund gediehen? — Staatssekretär Lewald: Es ist der Entwurf ausgearbeitet, aber eingehend Bedenken und Vorschläge werden noch geprüft. Dem Reichstag wird die Vorlage im Herbst zugehen. — Auf eine Anfrage des Abg. Deuermann (D. Sp.) über

Die Deutschenerfolgung in Ostrowo

erklärt die Regierung, daß bereits Ende Mai Anzeichen einer planmäßigen Bewegung gegen die Deutschen erkennbar war, die zu den Vorfällen zum 2. Juni geführt hat. Die polnischen Behörden haben nichts getan, um den Ausbruch der Deutschenerfolgung zu verhindern. (Hört, hört!) Die Regierung hat sowohl in Polen und Warschau als auch in Paris, London und Rom energisch Protest eingelegt und Schutz für die Rinderheiten gefordert. Der Vertreter der polnischen Regierung hat sein Bedauern ausgesprochen und erklärt, daß eine Wiederholung der Vorfälle verhindert werden würde. Trotzdem sind an anderen Orten

neue Ausschreitungen

vorgekommen. (Hört, hört!) Die polnische Behauptung, die Ausschreitungen seien eine Folge der Entlassung polnischer Arbeiter in Deutschland, ist falsch, denn solche Entlassungen sind nur ganz vereinzelt in der Niederlausitz erfolgt (und inzwischen gerichtlich als unberechtigt erklärt worden. D. Red.). Sie waren auch nicht von brutalen Ausschreitungen begleitet. Von der polnischen Regierung muß gefordert werden, daß sie

der deutschen Minderheit den gleichen Schutz

gewährt, den die 600 000 in Deutschland lebenden Polen genießen. (Beifall.) — Abg. Blettnier (Komm.) fragt an, ob die Regierung das Militärarbeitslager auf Szt in der Nähe eines Ferienheimes abbauen werde. Antwort: Eine anderweitige Unterbringung der Mannschaft ist nicht möglich und eine Störung des Landschaftsbildes oder des Erholungsheimes findet nicht statt.

Das Gesetz betr. Uebergang der Wasserstraßen von den Ländern auf das Reich geht an den Volkswirtschaftsausschuß. — Das Gesetz zur Ueberleitung von Rechtsangelegenheiten der Konsulargerichtsbarkeit wird in 2. und 3. Lesung angenommen. Es folgt darauf die zweite Lesung des Gesetzes über die

Verlängerung des Kohlensteuergesetzes

bis zum 31. März 1922. Abg. Kysell (U. Sp.): Das Kohlensteuergesetz ist das unsozialste Gesetz, weil es die Ärmsten der Armen trifft. Die bestehende weitere Erhöhung der Kohlenpreise steigert die Not der Bevölkerung. Ein Weiterbestehen des jetzigen Kohlensteuergesetzes hat eine Vermehrung der Kriminalverbrechen zur Folge. Wir beantragen Abänderung des Artikels 1.

Abg. Köster (Soz.):

Daß das Kohlensteuergesetz kein ideales ist, darüber sind wir uns klar. Es ist aber jetzt angesichts der ungeheuren Kosten, die das Reich durch das Ultimatum übernommen hat, nicht angängig, ein Gesetz, das dem Reiche

5 1/2 Milliarden

einbringt, zu beseitigen. Artikel 1 wird angenommen. Für den unabhängigen Antrag auf sofortige Sozialisierung des Kohlenbergbaues stimmen im Hauptausschuß 99 Abgeordnete, während 123 dagegen stimmen. Wegen Beschlußunfähigkeit vertagt sich das Haus auf 2 1/2 Uhr.

In der neuen Sitzung wird die Vorlage verabschiedet, vorher begründet

Abg. Dr. Herzy (U. Sp.) eine Entschließung auf baldige Vorlegung eines Gesetzes über die Sozialisierung des Kohlenbergbaues: Da wir im gegenwärtigen Augenblick das Haus nicht durch eine lange Sozialisierungsdebatte in Anspruch nehmen wollen, finde ich es zweckmäßig, Sie an die Entschließung zu erinnern, die Sie am 30. Juli 1920 angenommen haben und die heute noch rechtsgültig ist. (Widerspruch in der Mitte und rechts!)

Die Entschließung betr. die Sozialisierung wird zurückgezogen. Zur dritten Lesung des Gesetzesentwurfs über den

Staatsgerichtshof

erklärt Abg. Dr. Herzfeld (Komm.): Dieses Gesetz ist ein neues Denkmal der Reaktion in Deutschland. Wir lehnen es ab.

Die Schlussabstimmung muß ausgesetzt werden, da nach der Verfassung die Anwesenheit von zwei Dritteln der Reichstagsmitglieder erforderlich ist und diese Zahl bei weitem nicht erreicht ist.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs zur beschleunigten Erhebung von

Reichsnotopfer und Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs.

Abg. Dr. Helfferich (Dnat.): Ich bin überzeugt, daß die Mehrheit des Hauses und selbst die Reichsregierung das Reichsnotopfergesetz in seiner jetzigen Form für

ungerecht und undurchführbar

halten. Abg. Kysell (U. Sp.): Helfferich hat 1915 ganz anders über das Notopfer gedacht. Die Vorlage geht längst nicht weit genug, wir bedauern, daß sie im Ausschuß abgeschwächt wurde, werden aber dennoch für sie stimmen. Bezeichnend für die Steuerwilligkeit der Besessenen ist es, daß sich der Steuerauschuß heute in gutem Verständnis für die Bedürfnisse der besessenen Klassen vertagt hat. (Abg. Helfferich: Innerhört Unwahrheit!)

Abg. Becker-Hessen (D. Sp.): Der Steuerauschuß hat sich nur vertagt, weil einige Abgeordnete im Hauptausschuß Dr. Rathenau anhören wollten. Wer anders als die Besessenen hat denn die 10 Milliarden an Notopfergaben aufgebracht?

Abg. Dr. Geiger (Komm.): Das Notopfergesetz leistet den Vermögensverschleibern geradezu Vorlauf.

Abg. Dr. Herzy (U. Sp.): Das neue Lohnsteuergesetz belastet die Lohnempfänger noch stärker als früher. Die Steuerhinterziehungen müssen energischer bekämpft werden. Dabei werden wir die Regierung unterstützen.

Anwerkkatastrophe in Japan. Volksbrände haben große Ueberschwemmungen in Japan hervorgerufen. 250 Dörfer sind zerstört worden. 200 Personen sind ertrunken.

Geschäftliche Mitteilungen.

Für den Bezug von Sommerfahrkarten, wie Lampions usw., empfiehlt sich die Firma Kohl u. Weber, Kalk, Spittelmarkt 4-5, I. Die Firma bietet als Spezialgeschäft all diejenigen Artikel, die zur Abhaltung eines gelungenen Festes nötig sind.

Der größte Steuerhinterzieher ist Herr Stinnes. Das hat ja der Mehrheitsmitglied Heinig in seiner Broschüre „Stinnes und seine 600 000 Arbeiter“ klar bewiesen.

Abg. Dr. Helfferich (Dnat.): Es ist eine Lüge, daß bisher die Lasten von den Besessenen getragen worden sind. Von Erleichterungen zugunsten der Reichen kann keine Rede sein. Wir wollen vor allen Dingen das Vermögen der kleinen Leute schonen. Die Arbeitslöhne haben sich mehr als jeder andere Vermögenswert der Entwertung des Geldes angepaßt.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth:

Verschiedene törichte Behauptungen der Abg. Geiger und Kysell habe ich nicht verstehen können. Wie kann die Lohnsteuer eine Verschärfung der Einkommensteuer bedeuten? Ich sehe es gern, wenn im Ausschuß eine hinreichende Sicherung geschaffen wird, damit

das Lohnsteuergesetz keine Verschärfung

für die Lohn- und Gehaltsempfänger bedeutet. Binnen kurzem werden Sie die Möglichkeit haben, die Debatte über die Steuerliche Erlassung des Gesetzes fortzusetzen. Ich kenne die Fehler des Notopfergesetzes. Gerade diejenigen Besessenen, deren Werte sich nicht vergrößert haben, haben ein ungeheures Opfer gebracht. Besonders der alte Mittelstand ist das Opfer der großen Geldentwertung gemorden. Wir müssen prüfen, wie die Realwerte und die Produktionsmittel herangezogen werden können. Aber nur objektiv werden wir das Problem lösen können.

Abg. Dr. Wirth macht den Reichsfinanzminister darauf aufmerksam, daß er nicht von törichte Behauptungen einiger Abgeordneten sprechen darf, da hier niemals törichte Reden gehalten werden. (Heiterkeit.)

Abg. Keil (Soz.):

Nach reiflicher Prüfung sind wir den Beschlüssen des Untersuchungsausschusses beigetreten. Noch heute sind wir der Auffassung, daß das Notopfer der Abgabe der vermögenden Klasse ist. Bei der Hinzuziehung des Vermögens für die Erfüllung der Reparationspflichten werden wir nicht nur Winderungen des abgabepflichtigen Vermögens, sondern auch ein Vermögenszunahme berücksichtigen müssen. Auch wir stehen auf dem Standpunkt, daß eine auf 30 bis 50 Jahre verteilte Abgabe nicht auf einer einmaligen Veranlagung aufgebaut werden kann. Deshalb muß eine häufigere Veranlagung sowohl der vermehrten, als auch der verminderten Vermögen erfolgen. Gerade

die Besitzer von Sachwerten

sind vom Reichsnotopfer bisher überhaupt nicht in nennenswerter Weise betroffen worden. Hier muß die Reparationssteuergesetzgebung kräftig eingreifen.

Die Vorlage wird in zweiter und dritter Lesung einstimmig angenommen.

Es folgen Nachträge zum Reichshaushaltsplan, und zwar zunächst zum Haushalt des vorläufigen Reichswirtschaftsrats. Eine Entschließung verlangt die Vermeidung überflüssiger Doppelarbeit bei der Vorbereitung der Gesetzesvorlagen. Eine andere Entschließung will die Freifahrt der Mitglieder des Reichswirtschaftsrats auf die Fahrt zwischen dem Wohnort und Berlin während der Zeit der Tagung beschränken.

Abg. Scholz (D. Sp.) bittet gegenüber dem Reichswirtschaftsrat keine Verärgerungspolitik zu treiben und die letztere Entschließung abzulehnen.

Abg. Hoch (Soz.): Die Mitglieder des Reichswirtschaftsrats sollen doch keine Rundreisen machen, sondern nur die Berufsstände bei der Beratung der Vorlagen vertreten.

Die Entschließung auf Fahrtenbeschränkung für den Reichswirtschaftsrat wird gegen die beiden Rechtsparteien angenommen.

Es folgt der Nachtrag zum Haushalt des Reichswehrministeriums. Abg. Künstler (U. Sp.): Wenn man Mittel für Arbeitslose und andere notleidende Schichten fordert, so wird auf die Sparparolen verwiesen. Aber für die Reichswehr, die stärkste Stütze der besessenen Klassen werden öffentliche Mittel geradezu verschwendet. Nur die kleine Summe für Betriebsrühe ist im Haushalt noch mehr gekürzt worden. Für militärische Spielereien, zum Beispiel

Paraden vor Hohenzollernprinzen

sind Geldmittel vorhanden. In Ostpreußen läßt der Kopp-General Dassel eine wahre Gemaltherochst über die Arbeiterklasse aller politischen Richtungen aus. Wie steht es mit der Abrechnung über die Kosten des Balkan-Abenteuers? Die Führer dieses Unternehmens sind immer noch nicht zur Rechenschaft gezogen. Den Haushalt des Militarismus lehnen wir nach wie vor ab.

Abg. Schöpflin (Soz.) bittet um Auskunft darüber, wie es kommt, daß immer noch Offiziere des alten Heeres befördert werden.

Reichswehrminister Geffler:

Es handelt sich hier um Vorgänge aus der Abwicklungszeit, als die Verabschiedungen nicht namentlich, sondern generell erfolgten. Die Beförderungsverordnungen lagen vor und mußten bei der Abwicklung berücksichtigt werden. (Seit dem 9. November 1918 hat sich wohl nichts geändert? D. Red.)

Der Haushalt wird genehmigt.

Die erste Lesung der Novelle zur Änderung der

Angestelltenversicherung

wird fortgesetzt.

Abg. Lambach (Dn.): Die Gründung von Heimstätten durch die Reichsversicherungsanstalt ist unbedingt erforderlich.

Abg. Andre (Zp.): Wir halten die Zeit für eine allgemeine Umarbeitung des Versicherungsrechtes jetzt nicht für gegeben.

Abg. Thiel (D. Sp.): Auch wir legen großen Wert auf schnelle Verabschiedung.

Abg. Kuschner (U. Sp.): Die Unzufriedenheit unter den Angestellten mit dieser Versicherung besteht schon, so lange das Gesetz in Kraft ist. Diese neue Vorlage sieht

nur die Erhöhung der Beiträge

vor, läßt aber alles andere ungeändert! Das Notopfer will nur die Not der Versicherung, aber nicht die der Versicherten beheben. Auf die Durchprüfung des Gesetzes lassen wir uns nicht ein. Wahrend bei der Vorlage war der politische Gedanke, Arbeiter und Angestellte von einander zu trennen. Wir werden uns bemühen, an Stelle dieser Sonderversicherung eine wirklich soziale, einheitliche Versicherung der Arbeiter und Angestellten zu legen.

Abg. Bach (Komm.): Dieses jämmerliche Stückwerk muß ersetzt werden durch ein großes Versicherungsgebäude, das alle Schichten umschließt.

Ein Vertreter des Arbeitsministeriums: Die Vorlage ist nicht von politischen Motiven beeinflusst. Vertreter der Angestellten haben an der Vorbesprechung teilgenommen.

Die Vorlage geht an den sozialpolitischen Ausschuß. Sonntag, den 26. Juni, keine Vorlagen und Nachtragsetats. Schluß gegen 7 Uhr.

Der Kassenkauf bei den Reichswehren Boer Sohn, Chausseestraße 29/30, neigt sich seinem Ende zu. Die Preise sind erneut zurückgegangen.

Briefkasten der Redaktion.

Schriftliche Auskunft wird nicht erteilt. R. L. Wenden Sie sich an den Friedensbund für Kriegsteilnehmer, Charlottenburg, Kaiser-Friedrich-Str. 17a. — St. 113. Auskunft gibt Ihnen die „Botschaft“, Nr. 26, wöchentliches Blatt „Freie Lohn dem Täglichen“.

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus Joseph-Legende

Schauspielhaus Das Glück im Winkel

Deutsches Theater

Kammerspiele

Br. Schauspielhaus

Berliner Theater

Komödienhaus

Deutsches Opernhaus

Die Kleine ans der Höhe

Reigen

Kleines Theater

Die Lokalbahn

Doktor Klaus

Mascottchen

Der Liebes Okean

Der Vetter aus Dingsda

Morgen wieder lustig!

Carola Tölle

Die goldene Freiheit

Der Kuhlreigen

Volksbühne

Lessing-Theater

Die Ballerina des Königs

Geständnis

APOLLO

Admirals-Palast

Reichshall-Theater

Schall und Rauch

METROPOL

Messe für Reklame

Der Kuhlreigen

Scheidungsgeschichte

Komische Oper

Alt-Heidelberg

Rose-Theater

Folles Caprice

Schlafzimmergeheimnis

Liebe an gros

Berliner Prater

Trabrennen zu Ruhleben

Sonntag, den 26. Juni, nachm. 3 Uhr:

8 Rennen, u. a. Götter-Erinnerungsrennen 30 000 Mark

Der Ideenwettbewerb

um Doccenstraße für ein Arbeiter-Ehrenmal



Vertreter: Emil Halbarth

Wegen dringenden Bedarfs zahlen wir für

Gold 8 Kr. per Gr. 12.50 M.

Platin per Gramm 130.- M.

Silber per Gramm von 0,55 M. aufwärts

Rhein u. Mosel

J. F. Rauch

DERBY-COGNAC

Verkäufe

Reichhaus Friedhofstraße 2

Möbel

Möbel-Cohn

Möbel-Cohn

Großer Saison-Ausverkauf

Um die Riesen-Läger zu räumen, gewaltige Preisermässigung.

Sakko-Anzüge

Paletots u. Schlüpfer

Herren-Beinkleider

Gummi- und Loden-Mäntel

Knaben-Anzüge

Wasch-Anzüge bis zu 50% ermäßigt.

S. JOSEPH

Schöneberg, Hauptstrasse 1, Ecke Grunewaldstrasse.

Verzeichnis der Veröffentlichungen des Verlages der Kommunistischen Internationale

II. Auflage. Juni 1921. 36 Seiten.

Verlagsbuchhandlung Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 11.

KLEINE ANZEIGEN

Jedes Wort 1 M. Das fettgedruckte Wort 1,50 M.

Arbeitsmarkt

Kaufgesuche

Verschiedenes

Arbeitersekretär

Aur tüchtige Dreher und Schlosser

Bebel und der Krieg.

Der frühere Vorkämpfer in London, Freiherr v. Eckardstein, hat dieser Tage den dritten Band seiner Erinnerungen erscheinen lassen. Er berichtet darin auch über verschiedene Neußerungen, die Bebel zu ihm getan haben soll. So soll sich Bebel einmal begeistert über einen Plan ausgesprochen haben, die Türkei zwischen England, Deutschland und Oesterreich zu teilen, das andere Mal soll er aus Anlaß der Marokkokrise zu Eckardstein gesagt haben:

Ich hoffe, Sie haben Gelegenheit gefunden, den Herren in der Wilhelmstraße klarzumachen, daß wir Sozialisten im Kriegsfall nicht zu marschieren gedenken.

Dazu erhält die „Nachrichtenzentrale“ eine Zuschrift eines alten sozialdemokratischen Parlamentariers, wonach Bebel selbst seine angebliche begeisterte Neußerung über den türkischen Teilungsplan entschieden bestritten hat. Derselbe Gewährsmann bestreitet auch die Möglichkeit der zweiten Neußerung unter Hinweis auf den berühmten Ausspruch Bebels, er würde selber noch als alter Kerl die Hüfte auf den Rücken nehmen, wenn es gegen das zarische Rußland ginge.

Wir halten es indes keineswegs für unmöglich, daß es Bebel in einem bestimmten Augenblick während der Marokkokrise für richtig gehalten hat, die Kriegslust durch einen warnenden Hinweis auf die Stimmung der Sozialdemokratie zu dämpfen. Aber die „Freiheit“ dürfte bei ruhiger Ueberlegung selber einsehen, daß ihre triumphierende Schlussfolgerung, Bebel würde unter die Kreditverweigerer gegangen sein, wenn er den Krieg noch erlebt hätte, übereilt ist. Es ist etwas anderes, vor Ausbruch eines Krieges zu seiner Verhinderung die letzten Minen springen zu lassen, als nach dem Ausbruch die Stellung des eigenen Landes in einem unendlich schweren Kampf zu schwächen. Wir schließen aus seinem berühmten Ausspruch über einen Krieg gegen Rußland, daß Bebel bei Kriegsausbruch höchstwahrscheinlich ganz derselben Meinung gewesen wäre wie Eisner, Dittmann und überhaupt die meisten jetzigen Unabhängigen, die bekanntlich damals mit größter Entschiedenheit für die Bewilligung der Kredite eintraten.

Wenn die „Freiheit“ bei Gelegenheit dieser Polemik das alte Agitationsmärchen aufischt, die „Rechtssozialisten“ hätten in einem von Deutschland ruivoll provozierten Weltkrieg „Hurra für Hindenburg und Ludendorff“ gerufen, so stellt sie sich damit in Gegensatz zu der geschichtlichen Wahrheit, daß sich die Sozialdemokratie stets im schärfsten Kampf gegen die Politik der Obersten Heeresleitung befunden hat. Sie hat deswegen aber doch nicht zur Waffe der Kreditverweigerung gegriffen, weil sie einen Frieden von Versailles nicht gewollt hat. Uns scheint der ganze Streit höchst unzeitgemäß — aber wenn eine Rechtfertigung der sozialdemokratischen Politik während des Weltkrieges gewünscht wird, sind wir jederzeit dazu gerne bereit!

Lager Stargard.

Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss ist eingeseht worden, der die Verhältnisse im Internierungslager Stargard, über die wir mehrfach berichteten, prüfen soll. Das Reichliche Ministerium des Innern möge aber nicht denken, daß es mit der Einsetzung dieses Ausschusses seiner moralischen Verantwortung ledig ist. Die Zustände im Lager Stargard spotten nach wie vor jeder Beschreibung. Der unabhängige Abgeordnete Cohn hat darüber im Hauptauschuss des Reichstages Mitteilungen gemacht, deren Richtigkeit uns bestätigt wird. Die Baracken sind verwirrt, Holzprühen dienen als Schlafstelle, achtzig Mann müssen aus zwei Eimern Wasser trinken, zur Verrichtung der Bedürfnisse dient ein offenes Foh, das während der Nacht die übelsten Ausdünstungen verursacht, wobei das Deffnen der Fenster abendrein verboten ist. Den Säuglingen im Lager wird die Milch verweigert.

Wir fragen den Minister des Innern, Herrn Dominicus, wie lange er noch die Verantwortung für diese Zustände tragen will, die eines Kulturvolkes unwürdig sind. Wir betonen

helm“ und eine köstlich-burleske Aufführung von Shakespeares „Komödie der Irrungen“ schlossen sich an. Damit nicht genug, greift man auch zu den Höfen ernster Kunst hinaus und hat eine märchenhaft-stimmungsvolle „Berfunkene Glocke“ und eine edelstilisierte „Sappho“ mit wohlverdientem Erfolg gewagt.

Ein Gigant unter den Fixsternen. Das Mount Wilson-Observatorium in Kalifornien teilt mit, daß es dort dem Astronomen Dr. Beese gelungen ist, die Größe des Arcturus im Sternbild des Bootes zu messen. Die Messung ergab, daß dieser Stern erster Größe einer der hellsten des Himmels (gegenwärtig steht der rotstrahlende Stern abends am Westhimmel, südöstlich vom Großen Bären) einen scheinbaren Durchmesser hat, der am Himmelsgewölbe nur eine vierzigstel Bogensekunde mißt — einen außerordentlich kleinen Winkel, der nur nach der von dem Nobelpreisträger Prof. L. Michelson erfundenen Methode gemessen werden konnte. Nach zuverlässigen Messungen beträgt der Abstand des Arcturus von uns etwa 27 Lichtjahre, das heißt, das Licht braucht diese Zeit, um den Weg von dem Fixstern bis zu uns zurückzulegen. Arcturus ist daher in Wirklichkeit eine Riesen Sonne mit einem Durchmesser von 32 Millionen Kilometer, mehr als zwanzigmal so groß wie der Durchmesser unserer Sonne. In unser Sonnensystem verlegt, würde Arcturus mehr als ein Fünftel des zwischen Sonne und Erde befindlichen Abstands einnehmen. Der Rauminhalt des Sterns übertrifft den unserer Sonne um das Tausendfache. Das Ergebnis dieser Messung bildet eine neue, glänzende Bestätigung der modernen astronomischen Theorie, nach der man die gelben und roten Sonnen in Riesen und Zwerg einteilt, deren Größe man auf indirektem Wege mit Hilfe ihrer verschiedenen Strahlung geschätzt hat.

Säbenschneiderei. Irene Trisch ist von den Koller-Bühnen verpflückt worden.

Die Leipziger Universitätswoche wurde Freitag eröffnet. Neben etwa 1000 Deutschen und rund 300 Ausländern aus allen besendeten Ländern Europas nahmen auch Gäste aus Italien, Japan und den Vereinigten Staaten daran teil.

„Das hohe Lied vom Leben und Sterben“, eine Art weltlichen Dramas von Walter v. Bauhens, wurde in Herford mit gutem Gelingen aufgeführt. Das Werk durchdringt alle Höhen und Tiefen des menschlichen Lebens an Hand einer Reihe von Dichtungen von Goethe und Schiller bis auf die Gegenwart. Die Musik bietet — bei starker Selbständigkeit des Dichters — reiche Stimmungsmotive.

Amundsen ist 1 1/2 Millionen Kronen zur Weiterführung seiner Nordpolexpedition vom norwegischen Storting überwiesen worden.

Japan und die deutsche Medizin. Der japanische Professor Ito behauptet in der Kollor Zeitung „Yoroku“, daß japanische Studenten nicht mehr auf deutschen Universitäten zum Medizinstudium zugelassen werden. (Weil Japan dem Deutschland hochloftendsten Beschluß des Pariser internationalen wissenschaftlichen Kongresses beigetreten ist.) Für Japan, dessen medizinische Wissenschaft von Deutschland sehr viel gelernt habe, sei diese Blockade ein schwerer Schlag. — Also bringe Japan seine Verbündeten zur Kasse!

Tourennen! Die aus Paris gemeldet wird, findet am 3. Juli im Lager Satoy ein Sportwettkampft statt, der bisher einzig in seiner Art dasteht. Es werden zum ersten Male Wettkämpfe zwischen Land und anderen Kampfwagen abgehalten werden. Ministerpräsident Oriani hat als 1. Preis einen silbernen Pokal gestiftet.

Uns läßt die Kriegserklärung.

dabei nochmals, daß die Internierten von Stargard Leute sind, die nur auf Grund ihrer ausländischen Staatsangehörigkeit, nicht auf Grund irgend welcher Verbrechen oder Vergehen interniert worden sind.

Das Unglück auf Mont Genis.

In der Nacht zum Samstag hat sich der parlamentarische Untersuchungsausschuss nach Herne begeben. Von der sozialdemokratischen Fraktion sind die Genossen Hansmann und Janschel, von der USP. Rosemann und Pieper beteiligt, sämtlich Mitglieder des alten Bergarbeiterverbandes.

Die Interpellation über das Grubenunglück wird am Dienstag zur Verhandlung kommen. Fraktionsredner ist Genosse Janschel.

Unter den vielen Beileidkundgebungen ist eine der französischen Bergarbeiterföderation an den Vorstand des Bergarbeiterverbandes in Bochum.

Letzte Fahrt.

Herne, 24. Juni. (W.B.) Heute nachmittag wurden die Leichen des furchtbaren Schlagwetterunglücks unter außerordentlich starker Teilnahme aus allen Kreisen der Bevölkerung und im Beisein von zahlreichen Vertretern der Industrie, der Bergbehörden, von Gemeindebehörden, Berufsorganisationen, Deputationen und Vereinen bestattet. Die Reichsregierung war durch den Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, der Handelsminister durch den Bergrat Hapfeldt vertreten. Ferner sah man im Trauerzuge den Oberpräsidenten der Provinz Westfalen, Dr. Wärmeling, den Regierungspräsidenten König und den Berghauptmann Schanz als Vertreter des Oberberghauptmanns. Ganz Solingen hatte schwarzen Flaggenschmuck angelegt. Auf den Fördertürmen des rheinisch-westfälischen Industriebezirks bis nach Hamm hinaus wehten zum Zeichen der Trauer die Fahnen auf Halbmast. Auf Wunsch der Angehörigen wurden die Leichen von 20 katholischen Knappen auf dem katholischen Kirchhof in Börsig in einem gemeinsamen Grabe der Erde übergeben. Unabsehbar war der Zug, der sich zum Gemeindefriedhof in Holthausen bewegte, wo 53 weitere Bergleute ebenfalls in einem gemeinsamen Grabe beigesetzt wurden. Auf der Straße von Solingen bis zum Friedhof von Holthausen bildeten Leidtragende Spalier.

Ein peinlicher Zwischenfall entstand, als unvorhergesehenweise am offenen Grabe in Holthausen Vertreter der Kommunisten und der Arbeiterunion das Wort ergriffen und Klagen gegen die wachzurufen suchten. Dann senkten sich die Fahnen der Korporationen, und man rief den toten Kameraden einen letzten Gruß zu. Einige weitere Opfer wurden in ihren Heimatsorten beerdigt.

Der Tote der ZBV. I.

Mysteriöse Geldangelegenheiten der Berliner Schutzpolizei

Wie uns von zuverlässiger Seite auf das bestimmteste versichert wird, hat die Revision der von dem getöteten Oberwachtmeister Buchholz verwalteten Kasse einen Uberschuß von 64 Mark, kein Defizit ergeben. Die Hypothese eines Selbstmordes wegen begangener Unterschlagungen entfällt damit, wohl aber müssen wir uns bei dieser Gelegenheit einige Anfragen erlauben: Ist es wahr, daß der getötete Buchholz auf Geheiß seiner Vorgesetzten in die Tausende gehende Beträge an „Zivilangestellte“ hat zahlen müssen, die in Wirklichkeit Zivilagenten, d. h. Späher waren? Diese Frage hat ihren guten Grund. Als man sich Buchholz für Unterschleife verantwortlich machen wollte, sah sich dieser gezwungen, durch eine eingehende Aufstellung den Verbleib der Gelder nachzuweisen, wobei natürlich auch die Ausgaben für die „Zivilangestellten“ ans Tageslicht kommen mußten. Gerade während dieser Aufstellung ist Buchholz vom Tode ereilt, unsere Annahme nach getötet worden. Allerdings war Buchholz infolgedessen unvorsichtig, als er kurz vorher Kameraden gegenüber erklärt hatte: „Der Stein ist jetzt im Rollen. Jetzt werden die Puppen bald tanzen.“

Es wird uns ferner versichert, daß die Untersuchung des Falles Buchholz dadurch sehr erschwert wird, daß nach einer bestehenden Verfügung die Kriminalpolizei von der Untersuchung solcher Fälle ausgeschlossen ist, die nur durch die betreffende Abteilung selbst erledigt werden darf. Das hat neulich in einem anderen Falle dazu geführt, daß die Kriminalpolizei mehrere Tage lang einen ihr bekannten Schwerverbrecher, der in der Schupo Untersuchung gefunden hatte, nicht verhaften konnte.

Schließlich erhalten wir genaue Mitteilung darüber, daß die von uns wiedergegebenen Angaben des amtlichen preussischen Pressebüros über den Roemervorfall bei der ZBV. von A bis J unrichtig sind. Vor allem ist Hauptmann Stennes bei der Reuterei nicht abwesend gewesen, sondern er führte die Hundertschaft und wurde auf die Mitteilung von der Waffensuche hin in einem Auto hinzugeholt. Es war eine reguläre Reuterei, und ihre Teilnehmer sind größtenteils heute noch im Dienst. Nähere Angaben behalten wir uns vor, falls der amtliche preussische Pressedienst auf seinen Unwahrheiten beharrt.

Der Fall Buchholz scheint nicht die einzige unreinliche Geldangelegenheit der Berliner Schutzpolizei zu sein. Es wird uns mitgeteilt, daß bei der Polizeiabteilung Tempelhof, Kommandeur Major Seeger, zur Zeit der Waffenablieferung aus den Beständen der Abteilung Waffen für insgesamt 10 000 Mark Prämie durch einen Oberleutnant abgeliefert worden sind. Die Prämie wurde angeblich für Wohlfahrtszwecke verbraucht. Gegen den Oberleutnant wurde schon im Februar Strafanzeige erstattet, nachdem er sich durch unvorsichtige Neußerungen selbst verraten hatte. Bis heute ist nichts erfolgt.

Bei derselben Abteilung Tempelhof gab am 8. Juni zur „Pflanze der Kameradschaft“ Major Seeger einen Bierabend. Es war ein ziemlich üppiges Gelage, bei dem die Beamten nichts zu bezahlen brauchten. Ein Mitglied des Beamtenausschusses, der am nächsten Tage äußerte, das sei doch keine Pflanze der Kameradschaft, wenn alle besoffen seien wie die Schweine, wurde darauf im Abteilungsbevollmächtigten Herrn Seeger gebrandmarkt, weil er — seine Kameraden als Schweine bezeichnet hätte (!) und mußte sein Amt als Ausschussmitglied niederlegen.

Wichtiger aber ist folgendes: Auf zweimalige Anfrage, woher denn das Geld für dieses Gelage stamme, verweigerte Major Seeger die Auskunft mit dem Bemerkten: das sei seine Sache, der Beamtenausschuss habe wohl die Einsicht in den Wohlfahrtsfonds, aber nicht die Kontrolle (!) darüber.

Wir fragen nun öffentlich: Wo kommen diese Gelder her?

Um die Schutzpolizei.

Der Hauptausschuss des Landtages trat am Freitag in die Einzelberatung des Etats des Ministeriums des Innern ein. Minister Dominicus teilt mit, daß bei den Einnahmen für die Schutzpolizei noch ein Fehlbetrag von 800 Millionen Mark vorhanden sei, aber das Reich habe eine Erhöhung seines Zushusses abgelehnt. 300 Millionen Mark sollten erspart werden durch Verringerung des Solis der Schutzpolizei von 65 000 Mann auf ihre tatsächliche Stärke von 54 000 Mann. Abg. Seevering (Soz.) tritt für Festhalten an der Sollstärke der Schutzpolizei, die in

den nächsten Jahren noch sehr nötig sein wird, ein. Die Verhältnisse der

Beigeordneten bei der Schutzpolizei

müssen geregelt werden. Abg. v. d. Osten (Dnsl.) bezeichnet diese Beigeordneten als einen „Fremdkörper“ und eine Art Nebenregierung. Auf eine Anfrage des Abg. Rhiel (Zentr.) bestätigt Abg. Seevering, daß diese Beigeordneten zum größten Teil aus den Gewerkschaften genommen seien. Ein sozialdemokratischer Antrag, alle noch bestehenden Verträge mit den amtlichen Kreisblättern zu kündigen, wird angenommen. Ein weiterer sozialdemokratischer Antrag verlangt Abänderung der

Anstellungsbedingungen für Beamte der Schupo.

Darauf soll in diesen Bedingungen die Dienstzeit für Offiziere und Unterbeamte gleichgesetzt werden; den älteren Beamten ist der Ueberberg in den Verwaltungsdienst, besonders in den Dienst der Polizeiverwaltung, zu ermöglichen. Die Beamten der Schupo sind dem Beamtendisziplinrecht zu unterstellen; das gilt auch für Entlassungen. Das Verbot parteipolitische Betätigung der Schupo-Beamten erstreckt sich nicht auf außerdienstliche Besuch politischer Versammlungen und auf politische Betätigung in ihren Kasernenwahrzimmern. Das Verbot der Betätigung an versaffungswidrigen Unternehmungen Vorgesetzter, Dienstverweigerung gegenüber solchen Unternehmungen fällt deshalb nicht unter die Bestimmung, daß jede Dienstverweigerung unter allen Umständen verboten ist. Den Schupo-Beamten stehen Ansprüche auf Versorgung bei Dienstbeschädigung sowie auf Pension und Hinterbliebenenversorgung nach den für Zivilbeamte geltenden Bestimmungen zu. Abg. Krüger-Rotsdam (Soz.) begründet den Antrag. In der Aussprache, an der sich noch die Abg. Rabold (U.-Soz.) und Rucke (Dem.) beteiligten, erklärte ein Regierungsvertreter, es sei nicht zweckmäßig, an den Anstellungsbedingungen in bezug auf die parteipolitische Betätigung gegenwärtig etwas zu ändern, weil dadurch Unruhe in die Beamenschaft hineingetragen werde. (!) Den älteren Beamten soll der Ueberberg in den Verwaltungsdienst ermöglicht werden.

Das Erwerbslosenproblem.

Bei Fortsetzung der Beratungen im Ausschuss für Volkswirtschaft führte unser Parteigenosse Abg. Krähig aus: Die Ausführungen der Regierungsvertreter erwecken den Anschein, als wenn man an diesen Stellen den Ernst der Lage noch nicht voll begriffen hat. Die jetzige Krise ist ganz anders zu bewerten als die früheren. Die Lage in der Textilindustrie ist außerordentlich schwierig. Die Lohnsteuer wirkt schädigend für alle qualifizierten Industrien. Die Einfuhr von Fertigfabrikaten wird nicht genügend überwacht. Ungeheure Mengen werden in das besetzte Gebiet gebracht. Im Rheinlande herrscht eine nie dagewesene Korruption bei der Erstellung von Ein- und Ausfuhrbewilligungen. Die Kartell- und Verbandspolitik der Industrie führt zu ungeunden Auswüchsen. So hat z. B. der Barmer Hutfabrikantenverband in seinen Statuten einen Passus, durch den die Mitglieder verpflichtet werden,

keine Waren unter 33% Proz. Gewinn

zu verkaufen. Der Zwirnereverein verkauft eine Rolle 1000 Meter Obergarn mit 6 bis 7 Mark Uebergewinn. Hier muß die Regierung eingreifen, damit Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden. — Genosse Schumann führte u. a. aus: Im Verkehrswesen können noch Arbeitskräfte aufgenommen werden. Die Kleinbahnen haben sehr schwer zu kämpfen. Ihrer schweren Lage muß das Reich die größte Aufmerksamkeit schenken. Abg. Brandes: Man muß sich wundern, daß jetzt überhaupt der

Gebäude des Lohnabbaus

austauchen kann. Selbst wenn das Ausland die Löhne herabsetzt, kann Deutschland nicht folgen. Die Löhne in Deutschland sind relativ weit hinter den Auslandsöhnen geblieben. Ein großer Unfug ist es, von einer Verlängerung der Arbeitszeit zu reden, solange noch Erwerbslose auf dem Markt sind.

Schiedspruch im Bankgewerbe.

Der Schlichtungsausschuss hat einen Schiedspruch gefällt, der folgendes vorsieht: Erhöhung der Leuerungszulagen für sämtliche Angestellte, Arbeiter und die Bureaubursten, sowie der Haushaltszulage um 400 M., Steigerung der festen Einkommensbezüge für kaufmännische Angestellte vom 6. bis 15. Berufsjahre um 1000 M., vom 16. bis 20. Berufsjahre um 2000 M., für gewerbliche Angestellte und Arbeiter vom 6. bis 15. Dienstjahre um 500 M., vom 16. bis 25. Dienstjahre um 1000 M. und vom 26. bis 30. Dienstjahre um 2000 M. Erhöhung der Leuerungszulagen für Beihilfenge von 1800 auf 2000 M. und der Kinderzulagen auf 1000 M. bzw. 1200 bzw. 1500 M. Den Arbeitnehmerorganisationen wurde die Durchführung der 48stündigen Arbeitszeit anempfohlen.

Polens Krieg in Oberschlesien.

Die Deutsche Regierung hat der Vorkämpferkonferenz und den Regierungen in London, Paris und Rom eine Note übermittelt, die durch eine Zusammenstellung von Nachrichten beweist, daß die polnische Armee den Aufstand in Oberschlesien mit allen Mitteln unterdrückt.

Auslagen von polnischen Gefangenen und Ueberkaufern — zum Teil aufgenommen von dem britischen Major Creagh — „Liaison Officer with the German Fighting Organisation“ in Kreuzburg — sowie amtliche Gefangenen abgenommene Papiere haben das sorgfältigst nachgeprüfte Material geliefert:

Gefangene sagen aus, daß auch geschlossene polnische Truppenteile nach Oberschlesien geschickt wurden, so das 11. Bataillon Inf.-Regt. 27 und eine Eskadron des Ulanen-Regt. 15.

Ferner ist festgestellt, daß in den polnischen Truppenteilen Vorgesetzte ihre Untergebenen zur Meldung nach Oberschlesien aufgefordert und sich nicht geschert haben, den Abmarsch geschlossener Einheiten nach Oberschlesien zu befehlen, wenn die Zahl der Freiwilligen den Erwartungen nicht entsprach. Leute, die sich freiwillig nach Oberschlesien melden, entfernen sich mit Wissen ihrer Vorgesetzten von der Truppe oder erhalten unbefristeten Urlaub. Beim Generalkommando in Posen empfangen solche Leute

Zivilkleidung, Geld, falsche Papiere und Marschbefehle.

Auf Grund dieser genau belegten Tatsachen ersucht die Deutsche

Regierung die Alliierten, die

endgültige Sperrung der ober-schlesisch-polnischen Grenze

sicherzustellen.

Gleichzeitig glaubt sie erwarten zu können, daß die Alliierten Regierungen der Polnischen Regierung nachdrücklich und wirksam jede fernere, wenn auch nur verschleierte Unterstützung des Aufstandes in Oberschlesien untersagen werden.

Alliierter Zechprellerschuss.

Frankfurt a. M., 24. Juni. (W.B.) Ein Kumäne mußte in einem Restaurant in Aachen wegen Zechprellerei festgenommen werden. Anscheinend genoh er die besondere Freundschaft einiger Beamten der Besatzungsbehörde, die nicht nur seine Freilassung forderten, sondern auch eine Durchsuchung des Polizeipräsidiums nach den belästigten Akten des Zechprellers vornehmen. Durch eine solche Untersuchung wird aber die durch das Rheinlandabkommen vertraglich zugesicherte Freiheit der deutschen Verwaltungsbehörden schwer verletzt.

„Bonzen“ oder Führer?

In der jüngsten „Restaurationsperiode“ der freien Gewerkschaften hat man mit den alten und selbstverständlich „unfähigen“ und „konterrevolutionären“ Gewerkschaftsbonzen, die immer noch der SPD angehörten und den „Vorwärts“ lasen, möglichst gründlich aufgeräumt und an ihre Stelle andere, strebsame Genossen, „schlichte Männer aus der Werkstatt“ ans Ruder gebracht. Damals genügte das einfache Glaubensbekenntnis zur USPD, neben etlichen sonstigen Qualifikationen, um in der Gewerkschaftsbewegung hochzukommen.

Inzwischen trat verschiedentlich eine gewisse Ernüchterung ein und manche Enttäuschungen machten sich geltend sowohl bei den Wahlmännern als auch bei den Gewählten. In den Versammlungen ist es oft eine gute Sache, wo die Phrase herrscht und man sie noch so radikal klingen, muß die Bemühung schweigen. Die Masse der neuen, gewerkschaftlich unerfahrenen und ungeschulten Mitglieder jubelt dem zu, der am lautesten spricht und die höchsten Töne anschlagen konnte. In der gewerkschaftlichen Praxis aber tut es das Reden allein auch nicht. Auch Gott Demos kann keinem als Belohnung zum Amte, das er ihm gibt, auch den nötigen Verstand und die nicht ganz unbedeutlichen Erfahrungen geben. Wer dieses Rückzug nicht mitbringen kann, dem fehlt es eben. In all den Jahren der Vorkriegszeit hatten die Gewerkschaftsangehörigen viele teuren opfervollen Erfahrungen hinter sich, die sie ihren neuen Mitarbeiter und Nachfolgern vermitteln konnten. Der Wechsel nach dem Kriege brachte es mit sich, daß manche der längst Gemeingut der Gewerkschaften gewordenen Erfahrungen in der Taktik und Praxis der Lohnkämpfe insbesondere neu gemacht und noch einmal recht teuer erkaufte werden mußten. Aber auch mancher der neu erwählten „Bonzen“ sah sich persönlich stark enttäuscht. Die Illusionen, die er sich vormals bezüglich der Spielerei von Arbeit eines Gewerkschaftsangehörigen und der glänzenden Bezahlung gemacht hatte, schwanden bei der näheren Berührung mit den Dingen mehr und mehr. So erfolgte denn allmählich eine gewisse Klärung; der eine oder andere wollte bald nicht mehr — oder man wollte ihn nicht mehr, während dieser oder jener, der sich von Illusionen freigelassen und außer einiger Befähigung auch den nötigen Ernst für seine neue Mission mitbrachte, an den rechten Platz gestellt wurde oder doch sich allmählich in die Arbeit hineinfinden. Abgesehen von jenen doch wieder abgehörten Bonzen, die zwar „prinzipiell“ gegen jedes „Parteien“ mit den Unternehmern waren, für die es sich in der Praxis aber lediglich um die Höhe des Preises und die Art seiner Zuwendung handelte, um den sie sich den Unternehmern gefällig zu erweisen gedachten.

Auch die neuen brauchbaren Kräfte in den Gewerkschaften, die da einsehen, daß hier wohl oder übel mit Wasser gelocht werden muß, wurden alsbald zu „Bureaufreuten“, zu „Bonzen“ und „Sozialverrättern“ und von Sinowjew mit als „Kettenhunde der Bourgeoisie“ in den gleichen Lofp gemorren. Nur wer bei der zweiten Spottung in Halle den Anschlag an die USPD, vollzog oder gar Gelegenheit hatte, sich in Rostau befehlen zu lassen, fand Gnade bei der „Roten Fahne“. Heute sind alle Gewerkschaftsangehörigen, die politisch zur SPD oder zur USPD zählen, „wohlbestallte Bonzen“, bilden zusammen die „Gewerkschaftsbureaufreute“. Eine gewisse, leider erst primitiv entwickelte Interessensolidarität dieser „Gewerkschaftsbonzen“ hat bewirkt, daß ihnen in den reaktiven Emissionen und Versammlungen mit den üblichen und durch allzu häufigen Gebrauch stumpf gewordenen Beschuldigungen und radikal schillernden Phrasen nicht mehr beizukommen ist.

Woher nun der teuflische Haß, weswegen die verbrecherische Hege gegen die Gewerkschaftsführer? Sehr einfach: Zu den kommunistischen „Massenaktionen“, zu deren Vorbereitung die Moskowiter einen Stab von Angestellten — wohlbestallten kommunistischen „Bonzen“ — unterhalten neben einer ansehnlichen Reihe von Frehorganen, insgesamt einen recht kostspieligen Apparat, gebraucht man die Gewerkschaftsmitglieder. Sie sollen jederzeit des momentanistischen Wintes gewärtig sein; heraus aus den Betrieben! hinein in die Betriebe. Ob sie dabei samt ihren Familien zugrunde gehen und ihre Organisationen mit und dann der politischen und wirtschaftlichen Reaktion vollends wehlos gegenüberstehen, spielt keine Rolle. Im Gegenteil, je größer die Not und das Elend, um so größer die Bekehrung, die notwendig ist, um jeder von den Rostauer Schillingen anzuregeln. „Milion“, und sei sie noch so unwahrscheinlich, zu folgen, jedem Befehl der kommunistischen Strategen willenlos nachzukommen.

Daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten in ihrer überwiegenden Mehrheit sich für die verbrecherischen Pläne der Rostauer Jähoren nicht ohne weiteres gebrauchen lassen, daß die Gewerkschaftsführer sich den Werbem für eine rote Armee in Deutschland nicht zur beliebigen Verfügung halten, das ist in den Augen dieser Gewalttäter, dieser sich als Halbältester zur Korrektur der Weltgeschichte gerierenden anomalen Schmierentomabandanten das größte Hindernis ihres Erfolges. Sie glauben durch kommunistische Zellen dies Hindernis spielend zu überwinden. Weil die Gewerkschaften aber im Interesse ihrer Selbsterhaltung gezwungen sind, diese Zellen auszumergeln, weil die Gewerkschaftsführer es sind, die diese Prozeduren vornehmen müssen, weil die Gewerkschaftsführer den Mitgliedern Bernunft predigen müssen, deshalb der wohlfeile Haß, deshalb die schamlose und verbrecherische Hege gegen sie.

Die Frage ist nun, ob die Männer, die sich in den Dienst der Gewerkschaften gestellt haben, seit Jahrzehnten darin tätig sind, den unausgesetzten Beschimpfungen und Beschuldigungen der Kommunistenpresse gegen sie noch länger rabia zusehen sollen? Ob sie sich zur Zielscheibe der systematischen Entfesselung der niedrigsten Instinkte hergeben müssen. Die Frage stellen, heißt sie verneinen.

Sie sollen die Gewerkschaftsangehörigen sich dagegen wehren? Diese Frage läßt sich nur in Verbindung mit der nicht minder wichtigen Frage lösen: Wie schätzen wir unsere Gewerkschaften vor der kommunistischen Unterminierung? Die jüngsten Verbandstogungen der Gewerkschaften haben diese Frage beantwortet, wie sie auch von den folgenden Togungen beantwortet wird. Allerdings hat sich gezeigt, daß man vielfach allzu formlos, allzu unbestimmt und nachgiebig die Dinge an sich herantommen ließ, so daß es jetzt teilweise schon schwer ist, über Herr zu werden.

Es gilt daher, die Beschlässe gegen Rostau energig und rücksichtslos durchzuführen. Nachdem die über angebrachte Rücknahmemeiere eine Anzahl Gewerkschaftsführer in Lebensgefahr gebracht hat, nachdem die Propagandare die Wästen sollen leben, zur Beilegung der Gewerkschaftsführer mit illegalen Mitteln öffentlich aufforderten, um die Gewerkschaften eher in ihre Gewalt zu bekommen, ist es endlich an der Zeit, die gebotenen Abwehrmaßnahmen in jeder Beziehung unverzüglich zu treffen. Die Gewerkschaftsführer und die Gewerkschaften — sie sind gewarnt, wahrlich deutlich genug, um sich auf sich zu besinnen, dem gemeinschaftlichen kommunistischen Treiben zu steuern.

Gewerkschaftsbewegung

Die Transportarbeiter gegen die Tumulte.

Am Donnerstag tagte die Fortsetzung der Generalversammlung für den Bezirk Groß-Berlin des Deutschen Transportarbeiter-Bandes, um zu den Anträgen über die Schreibweise des Verbandsorgans — des „Courier“ — Stellung zu nehmen. Vor Eintritt in die Tagesordnung beschloß die Generalversammlung, auf einen Antrag aus der Mitte der Versammlung hin, zunächst eine Aussprache über die Vorgänge im Gewerkschaftshaus vorzunehmen, um dazu Stellung zu nehmen.

Entgegen der sonstigen Gepflogenheit der politisch zur USPD zählenden Delegierten der Generalversammlung, jede passende oder unpassende Gelegenheit zu benutzen, um derartige Erörterungen in der Generalversammlung herbeizuführen, suchten jetzt diese Delegierten die Annahme des Antrags zu verhindern, um so der ihnen begrifflicher Weise recht unangenehmen Erörterung der von kommunistischer Seite inszenierten Vorstöße aus dem Wege zu gehen. Trotzdem die „Rote Fahne“ in marxistischer Weise die Arbeiter aufgefördert hat, „überall in den Betrieben, in den Versammlungen die Handlungsweise der Gewerkschaftsführer zu verurteilen“, trotzdem sie in dem bombastischen Auftrif ihrer Mittwoch-Morgenausgabe schrieb: „Jetzt müßt ihr auf den Plan treten. Jetzt müßt ihr in Gewerkschafts- und Betriebsversammlungen eure Organisationsleiter zur Rechenschaft ziehen“. „Ihr allein habt die Macht, diese Arbeiterverräter zur Rechenschaft zu ziehen und als Schädlinge der Arbeiter von ihrem Posten zu entfernen. Wenn ihr das nicht tut, habt ihr kein Recht zu klagen, weil ihr mitverantwortlich seid.“ Nach lebhafter und oft stürmischer Aussprache sah die Generalversammlung mit überwältigender Mehrheit die nachstehende Entschließung:

„Die heute im großen Saale des Gewerkschaftshauses tagende Generalversammlung hat Stellung genommen zu den im Gewerkschaftshaus vor sich gegangenen Demonstrationen. Sie verurteilt nicht einen Moment die Hottage der Arbeitslosen. Sie erklärt neuerdings ihre volle Solidarität mit den arbeitslosen Brüdern. Sie verurteilt aber mit aller Entschiedenheit die Ausschreitungen, zu deren Auslösung bzw. stillschweigender Duldung die Arbeitslosen sich durch dunkle „Ehrenmänner“ haben verleiten und mißbrauchen lassen. Sie weist auch mit aller Entschiedenheit die Zumutung zurück, daß ihre Beauftragten sich über die Ausführung der ihnen durch die organisierte Arbeiterschaft gewordenen Aufträge vor unorganisierten Arbeitern, ja noch mehr, vor einem völlig unkontrollierbarem Forum zu verantworten haben.

Die Versammlung gibt ihrem lebhaften Bedauern Ausdruck über die, durch eine die Tatsachen völlig auf den Kopf stellende Berichterstattung der „Roten Fahne“ bewirkte Verletzung der Arbeiterschaft. Sie erwartet, besonders von den organisierten arbeitslosen Kollegen, daß dem Treiben der dunklen „Ehrenmänner“, den eigentlichen Urangerebten der Demonstrationen, mit aller gebotenen Energie das Handwerk gelegt wird. Von der Drissoverwaltung erwartet die Generalversammlung, daß sie alle zum Schutze des Eigentums und der Einrichtungen der Organisation notwendigen Maßnahmen trifft.“

Dient die Reichsbank wirtschaftlichen Zwecken?

Bei dieser vom Reichsbankdirektorium selber aufgeworfenen Frage handelt es sich für das Direktorium um die Ausgestaltung des Betriebsrats. Unterm 17. März richtete es an das Reichsarbeitsministerium eine dahingehende Anfrage, in der seine Auffassung enthalten war. Sie besahe u. a.:

Die §§ 66 und 71 des Betriebsrätegesetzes sprechen von „Betrieben mit wirtschaftlichen Zwecken“, deren Betriebsräten gewisse Aufgaben zugewiesen oder bestimmte Rechte eingeräumt sind. Unter wirtschaftlichen Zwecken im Sinne dieses Gesetzes sind wohl nur Erwerbszwecke zu verstehen, wie auch der Kommentar von Feig-Sihler zum Betriebsrätegesetz in der Anmerkung 2 zum § 66 des Gesetzes (S. 111) sagt, daß Betriebe mit wirtschaftlichen Zwecken nur solche sind, die auf Gewinnerzielung gerichtet sind. Da die Reichsbank in letzterei Hinsicht dem Zweck der Gewinnerzielung, sondern nach § 12 des Bankgesetzes vom 14. März 1875 die Aufgabe hat, den Geldumlauf im gesamten Reichsgebiete zu regeln, die Zahlungsausgleichungen zu erleichtern und für die Ruhparmachung verfügbaren Kapitals zu sorgen, so kann sie unseres Erachtens nicht ein „Betrieb mit wirtschaftlichen Zwecken“ im Sinne des Betriebsrätegesetzes sein und infolgedessen nicht unter die betreffenden Bestimmungen dieses Gesetzes fallen.

Daraufhin gab der Reichsarbeitsminister unterm 29. März — in Vertretung gez. Geib — folgenden treffenden Bescheid:

„Die Reichsbank gehört zu den Betrieben mit wirtschaftlichen Zwecken. Der Kommentar von Feig-Sihler bemerkt in § 66 Anm. 2 in dem auf die im dortigen Schreiben angeführten Stelle folgenden Satz: „Unter den Begriff fallen auch die vom Staate oder sonstigen öffentlichen Verbänden in Art von Privatunternehmungen geführten Bankbetriebe. Es wird nicht verlangt, daß die Betriebe ausschließlich wirtschaftlichen Zwecken dienen.“ (Vgl. ähnlich Flatau BRG. § 66 Anm. 1 und Kiesel-Syrup BRG. § 66 Anm. 1.)“

Mit diesem Bescheid hat sich das Reichsbankdirektorium keineswegs abgefunden. Vielmehr hat Herr Direktor Beyer nachdem herausgefunden, daß das Reichsarbeitsministerium nicht zuständig sei zur Beurteilung dieser Frage. In einem umfangreichen Schriftsatz an den Vorläufigen Reichswirtschaftsrat wird die vorgefasste Meinung eingehend zu begründen versucht, daß die Reichsbank nicht wirtschaftliche Zwecke verfolgt, ihr Gebiet somit nicht unter die bezüglichen Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes fällt. Der Reichsbankpräsident hat in wiederholten Verhandlungen auf die modern-kaufmännischen Prinzipien hingewiesen, nach denen die Reichsbank aufgebaut sei und geleitet werde. Nach § 28, Abs. 1 Nummer 6 des Kommunalabgabengesetzes ist der Geschäftsbetrieb der Reichsbank ein gemeinnütziger. Die Angestellten der Reichsbank werden als kaufmännische Hilfsarbeiter geführt und dennoch!

Man darf gespannt sein auf die Entscheidung des Reichswirtschaftsrats.

Der Schiedspruch in der Kallindustrie anerkannt.

Am 20. November 1920 wurde der Schiedspruch abgegeben. Im Februar wurde er für verbindlich erklärt und dann schwebten die weiteren Verhandlungen, bis jetzt endlich der Schiedspruch von den Kallwerksbesitzern rückhaltlos anerkannt wurde. Die festgesetzten Lohnerhöhungen werden rückwirkend gezahlt. Die seit November 1920 entlassenen oder freiwillig abgetretenen Kallwerkarbeiter erhalten die rückständigen Lohnzulagen bis spätestens am 1. Juli 1921 ausgezahlt. Die noch beschäftigten Arbeiter erhalten die Nachzahlungen für November-Dezember 1920 am 30. Juni,

für Januar-Februar 1921 am 30. Juli, für März-April am 30. August, für Mai-Juni am 30. September. (Diese Ratenzahlung erklären die Wertverwaltungen für notwendig, weil sie die Gesamtsummen nur ratenweise flüssig machen könnten. Die Gesamtsummen der nachzuzahlenden Löhne beziffern die Wertverwalter auf wenigstens 26 Millionen Mark.)

Die im Oktober 1920 erfolgte Kündigung des Tarifvertrages ist zurückgezogen, so daß auch die Zeit von Oktober 1920 bis zum 15. Juni 1921 nicht als tariflos gilt. Der Tarif einschließlich Nachtrag (Schiedspruch) kann mit sechswochigem Termin gekündigt werden.

Jeder Kallwerkarbeiter erhält pro Schicht 1 M. Wohnzulage, 1 M. Hausstandsgeld und 1 M. Kindergeid. — Würde sich der Bergarbeiterverband, dem die erdrückende Mehrheit der Schiedsprüche eingesezt haben, dann wäre dieser Erfolg nicht erreicht worden!

Ein Stundenlohn als Verbandsbeitrag.

Der Deutsche Bauarbeiterverband erhebt einen Wochenbeitrag in Höhe von drei Vierteln des Stundenlohns. Die letzte Verbandskonferenz sah sich veranlaßt, für alle Fälle Vorsorge zu treffen und deshalb den Kampffonds des Verbandes zu füllen. Sie beschloß daher die Erhebung eines außerordentlichen Beitrages und zwar auf die Dauer von 13 Wochen ab 4. Juli. Der Gesamtbeitrag erreicht damit die Höhe des ab 1. Juli maßgebenden tariflichen Stundenlohnes. Durch Urabstimmung soll im Juli eine Entscheidung der Mitglieder darüber herbeigeführt werden, ob der außerordentliche Beitrag auch weiterhin erhoben werden soll.

Die Arbeiter der Groß-Berliner Gastwerke

nahmen in einer von etwa 3000 Personen besuchten Versammlung in den Germania-Festhallen zunächst Stellung zum Streik der Kieselsteinarbeiter. Der Betriebsrat der Kieselsteinarbeiter, der Kollege Schönbrunn sowie das Mitglied des Zentralbetriebsrates Kollege Schwanebeck legten die Vorgänge, die zu dem Streik führten, dar, und geshellten in scharfen Worten das Verhalten des Magistrats. Die Ausführungen der beiden Referenten fanden ungeteilten Beifall und es wurde die Resolution der Obmänner bestätigt, in der es heißt, daß der Kampf der Kieselsteinarbeiter der Kampf der gesamten städtischen Arbeiterschaft ist. Die Streikenden seien nicht nur eventuell finanziell, sondern otiv zu unterstützen, weshalb die Drissoverwaltung des Gemeindefreierverbandes aufgefordert wird, bis spätestens 27. Juni eine Funktionärerversammlung aller im Lohnkattell stehenden städtischen Arbeiter einzuberufen.

Ueber den Reichsmanteltarif referierte Gehner. Seine Ausführungen fanden den vollsten Beifall. Ohne Diskussion wurde eine Resolution angenommen, wonach die Versammlung in dem vorliegenden Neuentwurf des Reichsmanteltarifes eine schwere Schädigung der Interessen der Mitglieder des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter erblickt. Sie verurteilt die Haltung des Hauptvorstandes, da gegen den im vorigen Jahre abgeschlossenen Reichsmanteltarif noch weitergehende Verschlechterungen grundsätzlicher Art erfolgt seien. Die Idee des Reichsmanteltarifes folgte konsequent den Interessen der Arbeiterschaft mit dem Unternehmertum. Der Hauptvorstand wird aufgefordert — nachdem die Versammlung seine Politik verurteilt hat — seinen Standpunkt in öffentlichen Mitgliederversammlungen zu vertreten.

Die Gasarbeiter lehnen den Tarif ab und fordern die Drissoverwaltung auf, einen von der Kollegenschaft aufzustellenden Manteltarif bis zum 31. Dezember 1921 abzuschließen.

Prüfungswesen im unteren Postdienst.

Der Deutsche Verkehrsband, Abteilung Post und Telegraphie, Gau Bayern, hielt am 11. und 12. Juni in München eine Konferenz ab. Die Konferenz besahte sich mit den verschiedensten Fragen des Post- und Telegraphenpersonals, Dienstzeitverrechnung, Ueberführung in den Reichsdienst und der Frage der Diätäre und nahm auch zu der Vornahme von Prüfungen, insbesondere für Leitungs- und Ueberleitungsausscheher und Telegraphenassistenten Stellung. Dem Reichspostministerium wurde eine Entschließung übermittelt, in der es heißt:

Die Konferenz lehnt die von der Abteilung 7 (München) des Reichspostministeriums beabsichtigte Durchführung einer Prüfung für die Ueberführung der Telegraphen-Oberleitungsausscheher als Telegraphenassistenten nach Gruppe 5 ab, weil eine solche im Haushaltsnachtragsgesetz 1920 nicht vorgesehen ist.

Bezüglich einer Befähigungsnachweisprüfung für Ueberführung von Beamten nach Gruppe 6 (sowohl als auch der Ergänzungsprüfung für Gruppe 7) steht die Konferenz auf den Standpunkt, daß der für erstere bereits angelegte Prüfungstermin solange abgekehrt wird, bis die von verschiedenen Fraktionen dem Reichstag eingereichten Interpellationen erledigt sind.

Ferner veranlaßt die Konferenz, daß die Beamten, welche bei rechtzeitiger Verabschiedung des Nachtragshaushalts 1920 am 1. April 1920 in eine der Gruppen 5, 6 oder 7 überführt worden wären, auch rückwirkend ab 1. April 1920 in dieselben überführt werden.

3. Bundestag der Justizbeamten.

Die gewerkschaftliche Organisation der Justizbeamten Preußens tagt vom 24. bis 26. Juni in den Kommerzialen zu Berlin.

Die Tagung, die vom Vorsitzenden Justizobersekretär Wente, Berlin, eröffnet wurde, nahm in den ersten Verhandlungen einen äußerst einmütigen Verlauf. Den größten Teil der Verhandlungen nahmen innerorganisatorische Fragen in Anspruch. Unter den erschienenen Gästen bemerkte man den Vertreter des Justizministeriums Landgerichtsrat Dr. Günther, Kammergerichtsrat Dr. Mohr und den Erlsen Staatsanwalt Dr. Raempfer.

Die Tagung wird durch zwei Vorträge der Herren Ministerialrat a. D. Falkenberg und Dr. Böller besondere beamtenpolitische Bedeutung haben. Die großen Fragen der bevorstehenden Justizreform sind ebenfalls zum Beratungsstoff gewöhlt.

Der amerikanische Gewerkschaftskongress sucht seinen — am Mittwoch abend im „Vorwärts“ mitgeteilten — Beschluß, mit allen Mitteln auf die völlige Ausschließung asiatischer Arbeitnehmer aus den Vereinigten Staaten hinzuwirken, zu rechtfertigen. In einer Resolution wurde darauf hingewiesen, daß Kallifornien gegenwärtig 100 000 Japaner zähle und daß diese Tatsache nicht nur für Kallifornien allein, sondern für die ganze amerikanische Nation eine positive Bedrohung darstelle.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; Dr. Urselant, 28. Markt, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Borswärd-Verlagsdruckerei u. Verlagsbuchhandlung Paul Singer u. Co., Berlin, Unter den Eichen 1, Berlin.



Deutscher Weinbrand

Scharlachberg Kleierbrand

Die Marke des verwöhntesten Feinschmeckers

Bingen a. Rh.



Carl G. Bihenhof, Berlin W. 50, Färber Str. 3. Tel. Nhlund 524

Cognacbrunnerei Scharlachberg G. m. b. H., Bingen am Rhein